

INTERIM INTERIM

Polit-Info aus Berlin - umsonst, so lange genug gespendet wird



28 10 2010

719

Inhalt

Berlin

- Berlin für alle 4
- XB-Liebig 8

Hamburg

- HH unsicher Demo 9
- Was ist eine Innenministerkonferenz? 11
- Antira-Konferenz Auftaktdemo 13
- Jump and run 15

Interview Eta-Anwalt 19

Nano-Technologie im Krieg 20

HR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim“ in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zu kommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Post sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es in beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!



IMPRESSUM

HerausgeberIn: Interim e.V.

V.i.S.d.P. Charlotte Schulz

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

EIGENTUMSVORBEHALT

Diese Druckschrift ist Eigentum der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur Habenahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin unter Angaben von Gründen zurückzusenden.

Autobahnsperren, Raffinerieblockaden, Schulstreiks, Werksbesetzungen, Straßenschlachten – und das alles wegen der Rente mit 62 (und ganz nebenbei der ein oder anderen Schweinerei). Nein, das ist kein Paralleluniversum oder 'Zurück in die Zukunft'. Das ist Frankreich. Im deutschen Kleingarten geht der Sozialabbau dafür munter weiter. Die Selbstbedienungspolitik von Schwarz-Gelb ist erstaunlich. Wir nehmen daraus mit: Eine Gesellschaft steht still, wenn sich die Bevölkerung bewegt. Und dass Straßenblockaden was bringen. Vielleicht ist das ein Tipp für den kommenden Castor.

Aus Stuttgart lernen heißt vor allem, sich von den Bullen nicht verarschen zu lassen. Die haben jetzt zugegeben, dass sie Bullen als Provokateure eingesetzt haben. Diese sollten Situationen eskalieren, um sie auflösen zu können. Von daher: passt auf bei Massenmilitanz, von wo sie ausgeht. Lauft bei Demos mit Menschen, denen ihr vertraut. Organisiert euch! Auch das ist wichtig für die kommenden Wochen.

Wir brauchen uns nicht auszulassen, warum Atomstrom scheiße ist und die Atommafia es mit der in Sizilien locker aufnehmen kann. Die Argumente sind seit Jahrzehnten ausgetauscht. Wir haben an den Ausstieg nie ganz geglaubt. Mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten und der Diskussion um Gorleben als Endlager gibt es dieses Jahr genug zusätzliche Anlässe für Protest. Den Energiekonzernen ihre Profite vermiesen, den strahlenden Müllberg verhindern und der Koalition aus Staat und Kapital eine breite, kampflustige Bewegung entgegen setzen – das alles und noch viel mehr... Auf ins Wendland!



Berlin für Alle – Leben ohne Angst – Steigende Mieten stoppen!

Seit Jahren steigen in großen Teilen vor allem der berliner Innenstadt die Mieten rasant. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Ungleichheit zu, es gibt immer mehr Armut. Gegen diese Entwicklung gibt es zunehmend Protest und Widerstand auf verschiedenen Ebenen. Über diesen Widerstand möchte dieser Newsletter so umfassend wie möglich berichten.

Wenn ihr zukünftig direkt in Euer E-Mail-Postfach regelmäßig zu Monatsbeginn Informationen über steigende Mieten in Berlin, den Widerstand und interessante Termine erhalten wollt, schickt bitte eine kurze Mail an bfa-mietenstop@riseup.net, oder tragt Euch am besten gleich selbst in die Newsletter-Liste ein unter https://listen.jpberlin.de/mailman/listinfo/berlin_fuer_alle.

Eine Online-Fassung dieses Newsletters mit vielen Links findet ihr unter <http://de.indymedia.org/2010/10/292243.shtml>. Der nächste Newsletter wird in knapp sechs Wochen Anfang Dezember erscheinen.

Dieser Newsletter existiert nur dank Eurer Mitarbeit! Wenn ihr spannende Aktionen erlebt habt, neueste Informationen besitzt oder einen wichtigen Termin gegen Mieterhöhungen mitteilen wollt, schickt uns eine E-Mail, ebenfalls an bfa-mietenstop@riseup.net!

Friedrichshain

Präsentation der Investoren-Pläne fürs „Maria“-Gelände

Am 22. September wurden im Bau-Ausschuss des Bezirkes die Investoren-Pläne für das „Maria“-Grundstück an der Schillingbrücke präsentiert. Die Investoren, die NPS Tchoban Voss & Co. KG und die Ludger Imholte Projektentwicklung (LIP), planen hier den Bau von fast hundert Luxuswohnungen und eines Hotels. Anscheinend wurde das Gelände, das sich bislang in öffentlicher Hand befand, vom sog. Liegenschaftsfond an die kommerziellen Privat-Investoren bereits verkauft. Wie auch am sonstigen Spreeufer ist auch auf diesem Grundstück abgesehen von einem schmalen Uferweg keinerlei gemeinnützige, öffentliche Nutzung vorgesehen. (Indy)

Zwangsräumung Scharnweber-strasse

Unter massivem Polizeischutz wurde am 7. Oktober eine Wohnung im Hausprojekt Scharnweberstr. 29 geräumt. 5 Bewohner_innen, darunter ein Kleinkind, wurden auf die Strasse gesetzt. Die Räumung veranlasst hatte einer der meist-gehassten Hausbesitzer in Friedrichshain, Gijora Padovicz, dem die Immobilienfirma Siganadia Grundbesitz GmbH & Co KG gehört. Die Wohnung wurde illegal geräumt, obwohl ein gültiger Mietvertrag bestand. Auch der im Erdgeschoss des Hauses existierende Umsonstladen soll demnächst, geht es nach dem Willen des Hausbesitzers Padovicz, durch die Polizei geräumt werden (Indy, taz, ND).

Gemeinsame Besichtigung teurer Luxuswohnungen

Eine Gruppe von Anwohner_innen und Aktivist_innen machte sich am 10. Oktober auf, gemeinsam überteuerte Wohnungen im

Friedrichshainer Südkiez zu besichtigen: alle über 10 Euro Warmmiete pro m² teuer, und alle angeboten durch die Lion Hausverwaltung (<http://lion-immobilien.de>). Die Hausverwaltung war nicht amüsiert, und liess die aufgebrachten Anwohner_innen und die (wenigen) ernsthaft an den überteuerten Wohnungen interessierten Leute vor verschlossenen Türen stehen. Dann gabs noch einen Abstecher zum Schlachthofgelände im Norden, um dort gemeinsam mit der Gruppe „Internationale Hedonist_innen“ ein Musterexemplar der sogenannten „Townhouses“ zu besichtigen – mit Konfetti, Tanz und Musik. Auch hier zeigte sich der Hausverwalter von dem grossen Interesse überfordert, und holte die Polizei zu Hilfe. Als diese eintraf, waren die Tänzerinnen und Tänzer jedoch bereits wieder ganz woanders – offenbar unter Mitnahme der Liste von Leuten, die sich ernsthaft für das für fast alle von uns unbezahlbare Wohnen in den neuen „Townhouses“ interessiert hatten (Indy, taz, PT).

Polizei-Angriff auf alternatives Hausprojekt

Eine angebliche „Ruhestörung“ ist seitens der Polizei immer ein gern genutzter Vorwand, um gegen alternative, nichtkommerzielle, politische Projekte vorzugehen. Am 13. Oktober kam es zu einem besonders brutalen Einsatz einer Polizeihundertschaft gegen das alternative Hausprojekt „Liebig 34“, bei dem Türen und Fenster zerstört, verschiedene Leute durch Pfefferspray-Einsatz verletzt und diverse technische Geräte beschlagnahmt wurden. (Indy, PT)

Kreuzberg

Videokundgebung am Heinrichplatz

Mit einer Videokundgebung am Heinrichplatz

wurden am 1. Oktober die sogenannten „Berlin on Sale“-Aktionstage eröffnet. Hier wurden nicht nur steigende Mieten, zunehmende Armut und vermehrte Überwachung und Schikane durch Polizei und Ordnungsamt thematisiert, sondern auch auf die konkrete Situation am Heinrichplatz aufmerksam gemacht, wo nicht nur die Wohnungsmieten explodieren, sondern auch vor einigen Monaten das beliebte Cafe „Jenseits“ nach einer Verdoppelung der Miete schliessen musste. Demnächst wird dort, wo sich einst das Cafe Jenseits befand, eine teure Cocktailbar eröffnen. (Indy)

Polizei-Razzien am Kottbusser Tor

In den letzten Wochen, wie überhaupt seit einigen Monaten, kam es fast täglich zu grösseren Polizei-Einsätzen am Kottbusser Tor. Offensichtlich ist die aktuelle Strategie, alle Menschen, die sich dort aufhalten, ohne in einem der Cafes zu konsumieren oder in einem der Geschäfte einzukaufen, dauerhaft vom Platz zu verdrängen. Da es sich beim Kottbusser Tor angeblich um einen sogenannten „Kriminalitäts-Schwerpunkt“ handelt, können hier Platzverweise vollkommen ohne Begründung verteilt werden – ein Mittel, von dem die Polizei auch reichlich gebraucht macht. (PT)

Wrangelkiez: Umsonstladen und Zentrum gegen steigende Mieten eröffnet

Am Samstag den 2. Oktober besetzten dutzende AktivistInnen ein leer stehendes Ladengeschäft in der Falckensteinstraße 5 und eröffneten einen Umsonstladen inkl. Kiezkafe und Info-Treffpunkt. Damit protestierten sie gegen Gentrifizierung, steigende Mieten und die Verdrängung der AnwohnerInnen aus ihren angestammten Kiezen. Der Mieter (ein alteingesessenes Farben-geschäft) war zuvor vom Hausbesitzer durch eine Erhöhung der Miete um mehr als das Doppelte vertrieben worden. Über das gesamte Wochenende fanden diverse Veranstaltungen, Work-shops und Diskussionsrunden mit mehreren hundert TeilnehmerInnen im Umsonstladen statt. Die Besetzung selbst fand regen Zuspruch bei vielen NachbarInnen, die sich mit der Aktion auch sichtbar durch die Anbringung von Transparenten solidarisierten. Am Montag den 4. Oktober gegen 15 Uhr erschien ein größeres Polizeiaufgebot, das den Laden stürmte und das Projekt abrupt beendete. Dabei kam es zu mindestens einer Festnahme. Das Haus gehört einem Herrn Hollmann, dem wohl noch einige weitere Häuser im Wrangelkiez gehören. die Räumung wurde von der Hausverwaltung Sorgertec Hausverwaltung AG angeordnet. In den nächsten Monaten müssen voraussichtlich diverse weitere traditionelle Läden wegen massiver Mieterhöhungen den Kiez verlassen, darunter auch die Änderungsschneiderei in der Falckensteinstr. 37 (Schwabinger Immobilienverwaltung).

Im Rahmen der Umsonstladen-Aktion gab es eine

gut besuchte Anwohner_innen-Versammlung, bei der sich eine neue Kiezgruppe gegen steigende Mieten und Verdrängung im Wrangelkiez gegründet hat. Wer hier an Mitarbeit interessiert ist, kann gerne unter [wrangelkiez \(at\) riseup.net](mailto:wrangelkiez@riseup.net) den Kontakt aufnehmen.

Die Mieter_innen des Hauses Falckensteinstr. 5, die sich mit der Umsonstladen-Eröffnung solidarisierten und Transparente gegen steigende Mieten aus ihren Fenstern hingen, bekamen binnen 24 Stunden Post von ihrer Hausverwaltung Sorgertec AG. In diesen Schreiben wurde gefordert, die Transparente gegen steigende Mieten, die nicht nur das „Hausbild verunstalteten“, sondern auch eine „Beleidigung des Hausbesitzers darstellten“, umgehen zu entfernen, sonst drohe eine fristlose Kündigung.

Farbe gegen Hausverwaltung

Die T. Akar Hausverwaltung, die seit Jahren das Hausprojekt Adalbertstr. 6 schikaniert und die Schliessung des offenen Raumes im Erdgeschoss erzwungen hat, wurde offenbar mittels Farbbeuteln auf die Wut der Mieterinnen und Mieter im Kiez über ein solches Vorgehen aufmerksam gemacht. Aus der Erklärung dazu: „Ob in Mitte, Kreuzberg, Neukölln, Wedding, Prenzlauer Berg oder wo auch immer. Der Ausverkauf der Stadt heißt steigende Mieten für die einen und satte Gewinne für die andern. Wir meinen, alle haben das Recht, dort zu wohnen, wo sie wollen. Niemand hat das Recht, daraus Profit zu schlagen... Viele Mieter_inneninitiativen kämpfen tagtäglich gegen diese Entwicklung. Wir sind Teil davon. Dienstag Nacht haben wir einfach mal unsere Wut sprechen lassen. Wütende Nachtaktive.“ (DA)

Die Reiche nur für Reiche?

Gut besucht war eine Info-Veranstaltung mit diesem Titel am 7. Oktober im Hausprojekt Reichenbergerstr. 63a (<http://reiche63a.blogspot.de>), das unmittelbar von einer massiven Mieterhöhung bedroht ist. Im Reichenberger Kiez sind die Mieten in den letzten Jahren explodiert. Während viele Menschen mit geringen Einkommen deswegen wegziehen müssen, scheint der Markt für Luxuswohnungen gut zu funktionieren. In der Glogauer Strasse sind derzeit sogenannte „Lofts“ für über eine Million Euro zu haben, und nur einen Block weiter kann für nur 2-3 Millionen Euro ein sogenanntes „CarLoft“ erworben werden („CarLoft“: Luxuswohnung mit Autoaufzug und Garten auf jeder Etage). (wba)

Demonstration gegen MediaSpree

Etwa 200 bis 300 Menschen demonstrierten am 9. Oktober gegen die Bauvorhaben am Spreeufer, die anstehende und oft auch schon erfolgte Privatisierung aller Spreeufer-Grundstücke für

kommerzielle Nutzungen und die steigenden Mieten in den angrenzenden Bezirken. Die Demo führte vom Kottbusser Tor in Kreuzberg zum neuen Luxushotel (Zimmer bis 2.500 Euro – pro Nacht!) an der Oberbaumbrücke in Friedrichshain, dem Nippon Hotel, das als „Flagship der nh-Hotelkette“ Mitte November eröffnen soll (Indy).

Mitte

Demonstration gegen steigende Mieten und Verdrängung

Unter dem Motto „Raus aus dem Kiez – rein in die City!“ fand am 16. September eine Demonstration gegen steigende Mieten und Verdrängung statt, an der etwa 400 bis 500 Menschen teilnahmen. Während des Demonstrationzugs vom Roten Rathaus zum Rosenthaler Platz wurde auf die akut bedrohte Situation verschiedener berliner Hausprojekte und die allgemein in vielen Kiezen zu beobachtenden Prozesse von Mieterhöhungen und Verdrängung informiert. (wba)

Alternatives Projekt „Linienhof“ bedroht

Das alternative Werkstatt-Projekt „Linienhof“ in der Linienstrasse ist akut bedroht, weil ausgerechnet hier eine sogenannte „Baugruppe“ teure Eigentumswohnungen errichten will. An dem geplanten neuen Luxus-Projekt sind u.a. die „alternative“ Architektin Anne Lampen, der Journalist und Globalisierungskritiker Mathias Greffrath sowie Hortensia Völckers, die künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, beteiligt. Am 3. Oktober lud der „Linienhof“ die Anwohnerinnen und Anwohner zu Kaffee, Kuchen und gemeinsamen Gesprächen über steigende Mieten und Verdrängung ein. Obwohl die neuen Eigentümer Druck machen, endlich mit dem Bau der teuren Wohnungen beginnen zu wollen, sind die Nutzer_innen des alternativen Projektes „Linienhof“ entschlossen, sich keinesfalls ohne Widerstand verdrängen zu lassen. (Indy)

Neukölln

Konkrete Kritik an Quartiersmanagement

Gerade in Neukölln haben sich verschiedene sogenannte „Quartiers-Managements“ offenbar zu Hauptaufgabe gemacht, an der Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen aus den verschiedenen Vierteln aktiv mitzuwirken, etwa das berühmt-berüchtigte QM Okerstraße mit ihrer sogenannten „Tasc Force“. Menschen, denen die steigenden Mieten und die damit einhergehende Verdrängung ein Dorn im Auge ist, sind daher oft auch auf die Quartiers-Managements nicht besonders gut zu sprechen. Aus einer Erklärung,

die bei „Direct Action“ veröffentlicht wurde: „Wir haben in der Nacht vom 22. auf den 23. September das Quartiers-management in der Hobrechtstrasse in Neukölln angegriffen... Das Quartiers-management ist Dreh und Angelpunkt der Befriedungs- und Kontrollbestrebungen in Neukölln.“ (DA)

Zu Besuch im Jobcenter

Im Rahmen der Aktionstage „Berlin on Sale“ haben Aktivist_innen am 8. Oktober dem Jobcenter Neukölln einen Besuch abgestattet, um gegen die alltäglichen Schikanen auf dem Amt und das ganze Hartz4-System mit Freibier und Orangensaft, Flyern und Transparenten zu protestieren. Der mieseste Sachbearbeiter wurde ausgezeichnet. Die Jobcenter-Verantwortlichen zeigten wenig Verständnis für diese kreative Aktion und riefen die Polizei. (Indy, <http://zusammendagegen.blogspot.de>)

Auto von „Sicherheits“-Firma kaputtgegangen

Während die Mieten steigen und die Einkommen sinken, boomt gleichzeitig die sogenannte „Sicherheits“-Branche. Durch Wachschutz und Überwachung soll das private Eigentum der Besitzenden vor der Wut der Ausgegrenzten in Sicherheit gebracht werden. Doch manchmal gelingt es den „Sicherheits“-Firmen nicht einmal, ihr eigenes Eigentum wirksam zu schützen. So geriet am 11. Oktober in Neukölln ein Auto des Marktführers für Überwachung und Security, „Alarm Nord“, in Brand. Aus der Erklärung dazu: „Keine Schweinerei der Reichen ist mehr denkbar ohne private Söldner, die den Status Quo schützen. Ganz übel tut sich dabei die Firma „Nord Alarm“ aus Hamburg hervor... Wir haben deshalb am 11. Oktober in Neukölln ein Dienstfahrzeug von Nord Alarm verbrannt.“ (DA)

Prenzlauer Berg

Camp gegen Verdrängung auf Kollwitz-Platz

Am 2. Oktober bauten einige Dutzend Aktivist_innen ein Camp auf dem Kollwitz-Platz auf, um gegen die massiv gestiegenen Mieten im Kiez und die damit verbundene Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen zu protestieren. In den Abendstunden wurde das Camp von der Polizei geräumt. (Indy)

Umsonst einkaufen im Bio-Supermarkt

Eine grössere Gruppe der sogenannten „Überflüssigen“ stattete am 2. Oktober dem grössten Bio-Supermarkt Europas, der LPG in Prenzlauer Berg, einen Besuch ab, um sich gemeinsam mit diversen Bio-Produkten auszustatten. Aufs Geld musste diesmal nicht geschaut werden, denn bezahlt wurde nicht. Mit der

Aktion sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass von geringen Einkommen oder Hartz 4 nicht einmal eine angemessene Ernährung mehr möglich ist, und eine günstige Alternative zum teuren Einkauf im Bio-Supermarkt aufgezeigt werden. (Indy)

Kritik an „Immobilienbüro“

Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage wurden am 14. Oktober die Scheiben eines „Immobilienbüros in der Kollwitzstrasse“ durch „Klein-pflastersteine“ zerstört, wie uns die Polizei mitteilt. Offensichtlich hat sich hier jemand, vielleicht bei betroffenen Mieter_innen oder bei Anwohner_innen, gerade sehr unbeliebt gemacht. (PT)

Treptow

Protest gegen „Baugruppen“

Auch in Alt-Treptow steigen stark die Mieten. Gleichzeitig werden an jeder zweiten Ecke teure Eigentumswohnungen gebaut, oft in Form sogenannter „Baugruppen“ (Eigentümer-Gemeinschaften). Am 18. September hatte die Kiez-Initiative „Karla Pappel“ (<http://karlapappel.wordpress.com>) dazu geladen, an einer Besichtigung eines solchen „Baugruppen“-Grundstückes teilzunehmen. Bei denjenigen, die an teuren Wohnungen interessiert waren und sich solches auch leisten können, war leider wenig Verständnis dafür vorhanden, was das für einen Kiez bedeutet, in dem die Mieten eh schon steigen. Wenig Verständnis zeigte auch die Polizei, die in grossen Mengen anwesend war. Offensichtlich haben die zukünftigen Eigentümer schicker Wohnungen recht viel Angst vor ihren zukünftigen Nachbarinnen und Nachbarn, den Anwohnerinnen und Anwohnern in Alt-Treptow. (wba)

Wedding

Umsonst-Dinner auf Leopoldplatz

Am 4. Oktober gab es eine Aktion auf dem

Eine Auflistung diverser lokaler Mieter_innen-Initiativen in den verschiedenen Bezirken in Berlin findet sich unter <http://mietenstopp.blogspot.de/links/lokale-initiativen>. Ein Überblick über anstehende Veranstaltungen und Aktionen findet sich unter <http://mietenstopp.blogspot.de/termine>.

Quellen

Indy: Indymedia, <http://de.indymedia.org> +++ SMS: Steigende Mieten stoppen!, <http://mietenstopp.blogspot.de> +++ WBA: Wir bleiben Alle-Kampagne, <http://wba.blogspot.de> +++ DA: Direct Action Germany, <https://directactionde.ucrony.net> +++ PT: Polizei-Ticker <http://www.berlin.de/polizei/presse-fahndung/presse.html> +++ PM: per Mail eingetroffen +++ taz: Taz +++ Tsp: Tagesspiegel +++ BeZ: Berliner Zeitung +++ MoPo: Morgenpost

Leopoldplatz im Rahmen der Aktionstage „Berlin on Sale – nicht mit uns!“ Kiezgruppen hatten eingeladen zu einem Umsonstdinner, um direkt auf dem Leopoldplatz das Thema Gentrifizierung und Vertreibung aus dem öffentlichen Raum zu diskutieren. Hier gibt es schon länger Auseinandersetzungen um Quartiersmanagement, Kirche (der der größte Teil des Platzes gehört), Anwohner_innen und andere Nutzer_innen. So war das Buffet mit mindestens 100 Leuten auch gut besucht, es wurde über den Platz, die Veränderung im Kiez und die Frage „Wie organisieren wir uns dagegen?“ diskutiert. Gestört wurde die gute Stimmung nur durch die Polizei, die in grossen Mengen anrückte, um gegen das öffentliche gemeinsame Essen vorzugehen, sowie durch die Kirche, die glaubte, mit Wachschutz und Absperrband den ihr gehörenden Platzteil gegen eine öffentliche, gemeinsame Nutzung verteidigen zu müssen (Indy).

Berlin

Laurynas wieder frei

Laurynas, der im Frühjahr letzten Jahres festgenommen wurde, weil er auf einer Demonstration gegen steigende Mieten, Verdrängung und die Räumung alternativer Projekte angeblich einen Polizeiwagen geschaukelt und einen Polizisten verletzt haben soll, wurde am 20. September nach 18 Monaten Knast entlassen. Herzlich willkommen zurück in der Freiheit auch von unserer Seite aus! (Indy)

„Berlin fährt frei“

Am 12. Oktober waren die Aktivisten der Kampagne „Berlin fährt frei“ wieder einmal unterwegs, um Bürgerinnen und Bürger für die Idee eines kostenlosen Nahverkehrs in Berlin zu begeistern. Wir unterstützen diese Forderung: auch wenn wir es schaffen, die Mieten auf ein erträgliches Mass zu reduzieren oder sogar die Häuser endlich denen gehören werden, die sie brauchen, nämlich uns allen, besteht noch lange kein Grund, überhöhte Ticketpreise für den öffentlichen Nahverkehr zu bezahlen (Indy, <http://berlin-fahrt-frei.de>).

ViSdP: Maria zur Hummel, Admiralstr. 12, 10999 Berlin

Polizei mit Billardkugeln beworfen

Eigentlich ging es nur um zu laute Musik, doch am Ende hagelte es Farbeier und Billardkugeln. Nach der Beschwerde einer Anwohnerin über zu viel Lärm rückte in der Nacht zu Donnerstag eine ganze Einsatzhundertschaft der Polizei zur Liebigstraße in Friedrichshain aus. An der Ecke Rigaer Straße drang gegen 22 Uhr Musik aus einer alternativen Szenekneipe im Erdgeschoss. Als Polizisten vor dem Haus eintrafen, um Kontakt zu den Verantwortlichen aufzunehmen, schlugen einige Personen die Eingangstür zu und klemmten eine Polizistin ein.

Mit einer Brechstange mussten Beamte der hinzugezogenen Einsatzhundertschaft ihre Kollegin befreien, während von innen weiter gegen die Tür gedrückt wurde. Um 23.45 Uhr war der Lärm immer noch zu laut und die Türen verbarriadiert. Plötzlich flogen Steine, Farbeier und Billardkugeln auf die Beamten vor dem Gebäude, mehrere Einsatzfahrzeuge wurden getroffen. Da weitere Gesprächsversuche mit den Bewohnern erfolglos waren, besorgten sich die Einsatzkräfte einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss für das Lokal. Mit einem Trennschleifer öffneten sie kurz nach 3 Uhr ein von innen mit Metall und Möbeln verbarriadiertes Fenster. Anschließend wurden Dutzende Lautsprecherboxen, Trommeln, Mischpulte, Abspielgeräte und E-Gitarren beschlagnahmt. Tatverdächtige konnte die Polizei im Gebäude nicht finden. Vor dem Haus wurden lediglich die Personalien von 16 „mutmaßlichen Unterstützern“ aufgenommen. Beim Abtransport des konfiszierten Inventars bewarfen Vermummte aus dem Haus heraus erneut Polizisten und Einsatzfahrzeuge mit Steinen, Flaschen und Farbeiern. Vier Beamte wurden leicht verletzt. Jetzt laufen Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung. In den letzten Monaten hatte es oft nächtliche Auseinandersetzungen vor dem Gebäude gegeben. Tsp

Am Abend des 13. Oktober verschaffte sich die Polizei gewaltsam Zutritt in die Vereinsräume des XB. Sie entwendeten Technik und Musikinstrumente. Es gab Widerstand gegen diesen Einsatz aber weder eine spontane Mobilisierung noch eine andere angemessene Antwort.

Danach entbrannte auf indymedia die übliche Schlamm-schlacht. Seit einiger Zeit folgt jeder Bullenaktion gegen eine Party oder ein Projekt Kritik an den Leuten, die etwas gegen die Bullen unternehmen und Kritik von anderen dass nicht hart genug auf solche Angriffe reagiert würde.

Bei allen gestürmten Partys traf die Behauptung, dass Provokationen von eigenen Leuten auf der Strasse den Einsatz auslösen nicht zu.

Es stellt sich daher die Frage ob Projekte wie das XB/Liebig 34 überhaupt Unterstützung bei Bullenan-angriffen wünschen - die Stellungnahmen aus dieser Richtung deuten eher auf das Gegenteil hin.

Wir haben oft flexibel auf das Vorgehen der Polizei reagiert, so auch am 13. Oktober. Dabei sehen wir in dem Kampf um Freiräume keinen Stellvertreterkonflikt in dem die Projekte instrumentalisiert werden. Strukturen, die sich mit der Anwesenheit der Polizei direkt an ihrer Haustür abgefunden haben und sich alles gefallen lassen, müssen nicht von Aussen verteidigt werden.

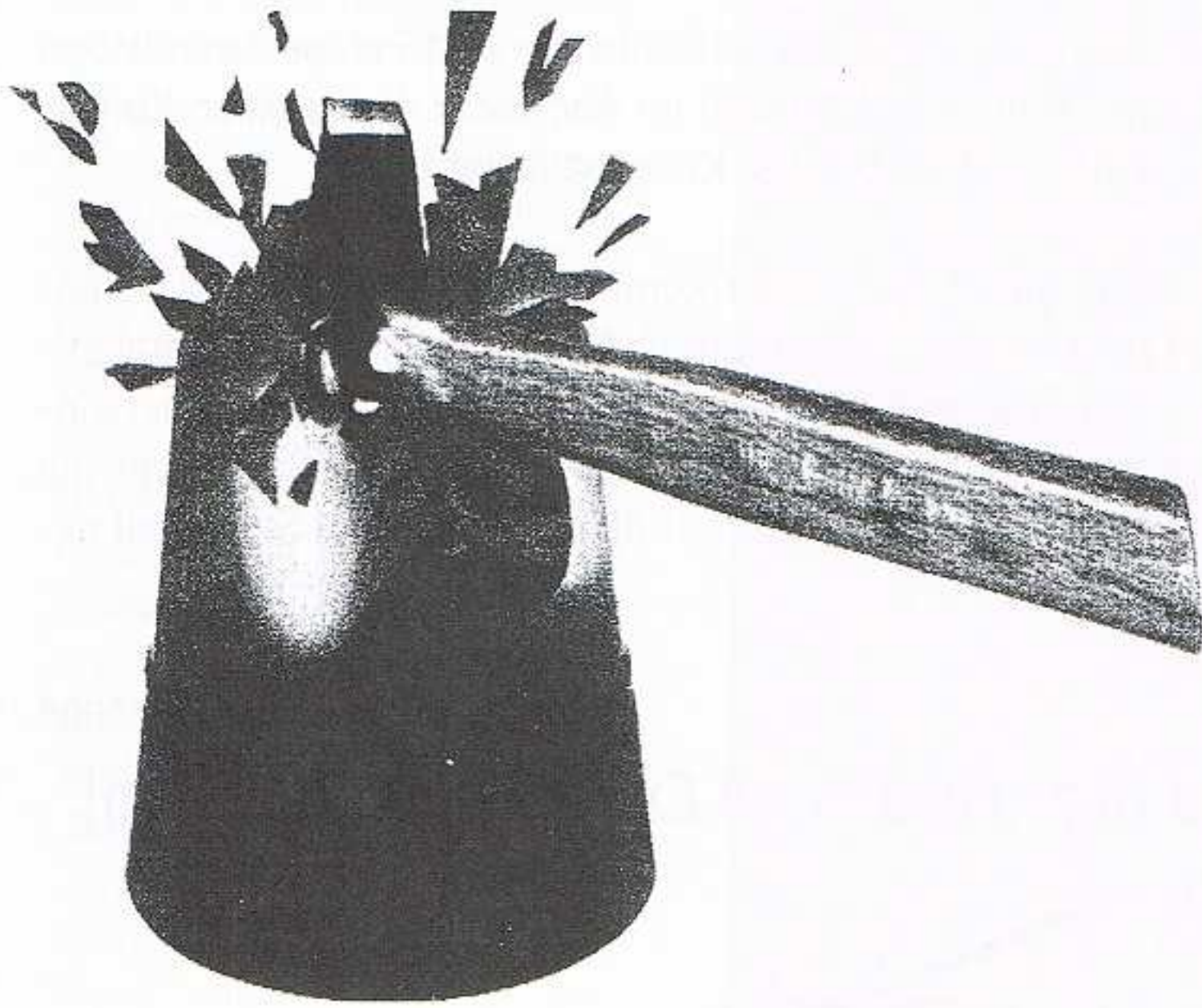
Solange es keine gegenteilige Stellungnahme der Liebig 34 gibt, gehen wir davon aus das dort kein Widerstand mehr erwünscht ist.

Eine Diskussion zu diesem Thema könnte den weiteren Rückzug aus der Öffentlichkeit und das Vergraulen von Aktivist_innen bremsen und Desaster wie das Strassenfest im Sommer vermeiden.



Demo gegen die Innenministerkonferenz 13.11.2010 | 18 h | Hamburg Gänsemarkt

HAMBURG UNSICHER MACHEN!!



Vom 17. bis 19. November wird in Hamburg die Innenministerkonferenz stattfinden. Drei Tage werden die Planer und Akteure der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur ihre Projekte weiter diskutieren und vorantreiben.

Aber auch wir werden unter dem Motto Hamburg unsicher machen eine Woche auf den Straßen dieser Stadt präsent sein, um unser Verhältnis zur IMK deutlich werden zu lassen.

Zum Auftakt einer Aktionswoche gegen das Treffen von Politik, Polizei und Geheimdiensten rufen wir zu einer starken linksradikalen Demonstration am 13. November in Hamburg auf. Wir wollen auf die Straße tragen, dass wir als passive Zielobjekte ihres Sicherheitsbegriffes nicht zu haben sind. Wir bleiben handelnde Subjekte in unserer grundsätzlichen Infragestellung des herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Systems.

Die Tagung der Innenminister ist ein zentrales Instrument kapitalistischer Herrschaftssicherung und dient der Vernetzung

einer gesamtgesellschaftlich ausgelegten Sicherheitsarchitektur, die weit über die Koordination polizeilicher Arbeit hinaus geht. Neben dem klassischen Feld von Verbrechensbekämpfung ist die IMK daher Motor für die Entwicklung umfassender staatlicher Repressionsstrategien. Diesen liegt ein Begriff von "Innerer Sicherheit" zugrunde, der vor allem die Sicherung des gesellschaftlichen Hegemonieanspruchs kapitalistischer Verwertungsbedingungen im Fokus hat. Entsprechend breit ist die Themenpalette: rassistische Sondergesetze nach Innen, die Organisation des Grenzregimes zur Abwehr von Flüchtlingen, präventive Überwachungs- und Ausforschungsprogramme unter dem Deckmantel der "Terrorismusbekämpfung", das Zusammenführen von Polizei und Verfassungsschutzämtern. Unter dem Deckmantel öffentlichwirksamer Themen wie "Gewalt gegen Polizisten", "Fußballgewalt" oder "Bekämpfung extremistischer Gewalt" werden die Instrumente eines autoritären in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche hineinwirkenden Sicherheitsapparats ausgebaut.

Dabei nimmt gerade die Diskussion um die Bekämpfung der gleichgesetzten Gewalt von rechts und links aktuell einen großen Raum ein. Mit Hilfe der Extremismustheorie wird versucht, den gesellschaftlichen Blick wieder verstärkt auf den Feind des staatlichen und gesellschaftlichen Systems zu ziehen, der Links steht. Die Gleichsetzung faschistischer Ideologien, die die Vernichtung von Menschen propagieren, mit einer linksradikalen Utopie, die die Befreiung der Menschen als Mittelpunkt hat, wird als Instrument genutzt, um verschärfte Repression gegen links öffentlich zu legitimieren. Verwischt werden sollen die Verbindungen und Entsprechungen, die es ideologisch von einer neonazistischen Rechten in die sogenannte Mitte der Gesellschaft gibt.

Die Militarisierung nach Innen durch die zunehmende Einbeziehung der Bundeswehr im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. In der Logik der aktuellen Sicherheitsdoktrin, die Freiheit (dieses Systems) würde auch am Hindukusch mit einem entsprechenden Kriegseinsatz in Afghanistan verteidigt, wird die BRD zum Rückraum einer kriegsführenden Bundeswehr. Damit bekommt die Ideologie der vernetzten Sicherheit, die dem Projekt der zivilmilitärischen Zusammenarbeit zugrunde liegt, eine sehr konkrete Bedeu-

*Weder „extrem“
noch „totalitär“,
sondern revolutionär
gegen die
extreme Totalität
der Verhältnisse!*

tung. Innere und äußere Sicherheit verschmelzen zu einem einzigen Begriff und Ausnahme- und Normalzustand nähern sich als Verhältnisse immer mehr aneinander an.

Linksradikale Perspektiven und emanzipatorische Lebensentwürfe, Menschen, die als formuliertes politisches Ziel die Überwindung der herrschenden Verhältnisse verfolgen, sind genauso im Fokus der Sicherheitsideologen, wie alle anderen, die den kapitalistischen Normalzustand in Frage stellen und gefährden.

Militärische Großaufgebote der Polizei bei Demonstrationen sind genauso wie die konsequente Aushebelung des Versammlungsrechtes zur Normalität geworden. Selbst dem Straßenfest im Schanzenviertel stellte die Staatsmacht knapp 3000 Beamt_innen entgegen und sprach im Vorfeld über 20 Aufenthaltsverbote aus.

Wo immer es geht, soll linksradikale Politik delegitimiert und denunziert werden. Dem gelungenen Angriff auf die Lerchenwache in Hamburg folgte eine Welle staatlicher Propaganda, die den Aktivist_innen brutale und sinnlose Tötungsabsicht unterstellte. Auch der im Herbst beginnende Prozess gegen Verena Becker wegen des Angriffs der RAF auf den damaligen Generalbundesanwalt Buback ist der fortgesetzte Versuch linke militante Politik als unpolitisch und aussichtslos zu erklären und Menschen auch 33 Jahre nach einer vorgeworfenen Aktion in den Knast zu sperren.

Die Innenministerkonferenz (IMK) findet jedes Jahr in wechselnden Bundesländern als Frühjahrs- und Herbsttreffen statt. In diesem Jahr ist Hamburg das gastgebende Bundesland und der ehemalige Hamburger Verfassungsschutzchef und neue Innensenator Heino Vahldieck wird den Vorsitz führen.

Die IMK ist das regelmäßige Treffen aller Länderinnenminister und -senatoren, an dem aber auch die Chefs und weitere Vertreter_innen von Verfassungsschutz und Landeskriminalämtern teilnehmen. An bestimmten Arbeitsgruppen sind zudem u.a. der Präsident des BKA, Angehörige der polizeilichen Führungsakademie sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz eingebunden.

Linksradikale Gesellschaftsentwürfe und Perspektiven haben eine brennende Aktualität im Angesicht der sozialen Konsequenzen kapitalistischer Krisenhaftigkeit.

Auch am 13. November kommen wir nicht, um uns zu beschweren. Wir wollen die Verhältnisse, die den kapitalistischen Normalzustand ausmachen, gefährden und überwinden. Wenige Tage vor der IMK wollen wir zeigen, wer die Friedhofsruhe stört und wer die kapitalistische Sicherheit gefährdet.

autonome zusammenhänge

Kommt zur Demonstration gegen staatliche Repression und Extremismustheorien!
13.11.2010 | 18 h | Hamburg Gänsemarkt

**HAMBURG
UNSICHER
MACHEN!!**



Weitere Termine zur IMK: 13.11. Antira-Demo, Jump & Run, Antirepressionsdemo
14.11. bis 19.11. Aktionstage in Hamburg | 17.11. Demo für ein echtes Bleiberecht
Infos zu den Protesten: no-imk.blogspot.de

Kontakt: no-imk@nadir.org | Infotelefon: 01578/8 90 09 73

Schlafplatzbörse: sleepwell-hh@nadir.org, Tel.: 01578/8 90 09 72 (ab 6.10. 18-20 Uhr)



UnSicher?

Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister (es sind tatsächlich nur Männer) und -senator_innen der deutschen Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits-, Verfassungsschutz- und Polizeiorgane, wie das LKA. An bestimmten Arbeitskreisen, die die Konferenz vorbereiten, nehmen zudem die Präsidenten des Bundeskriminalamtes, der polizeilichen Führungsakademie und des Bundesverfassungsschutzes teil.

Bei den Treffen stehen Themen rund um die Begriffe „Innere Sicherheit“, „Ausländerrecht“, „Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten“, „Bekämpfung des Terrorismus“, „Gefahrenabwehr“ oder auch „Linksextremismus“ im Vordergrund.

Dabei zeigen sowohl die personelle Zusammensetzung in der Vorbereitung und auf den Tagungen als auch die Inhalte, dass sich hier nicht nur die politische Ebene trifft, sondern gleichzeitig die Exekutive mit am Tisch sitzt, woraus sich die immense praktische Bedeutung der IMK ergibt.

Die IMK findet jedes Jahr im Frühjahr und Herbst in wechselnden Bundesländern statt. Für November, wenn von Mittwoch, den 17., bis Freitag, den 19., die Herbstkonferenz abgehalten werden soll, rufen wir zu bundesweiten Protesten, Demos und Aktionen auf, um den Innenministern während ihrer Konferenz in Hamburg kräftig in die Suppe zu spucken.

13. - 19. November 2010

BUNDESWEITE DEMONSTRATIONEN UND AKTIONSTAGE

Gegen die Innenministerkonferenz, rassistische Flüchtlingspolitik, staatliche Repression und innere Sicherheitsdiskurse



13.11. Auftaktdemo 14 Uhr Hachmannplatz

Antirepressionsdemo 18 Uhr Gönsemarkt

14.11. Vollversammlung und Vorbereitung

19 Uhr Rote Flora

15.11. Gegen Gentrifizierung und Repression - ein Stadtrundgang

Start 18.30 Uhr Rote Flora

16.11. Knastkundgebung

17.11. Demo von Jugendliche ohne Grenzen und antirassistischen Gruppen

17.30 Uhr Hachmannplatz

18.11. »Cross the City« Antirepressive Schnitzeljagd

19.11. Abschlussaktionen

Mehr Aktionen und Veranstaltungen: <http://no-imk.blogspot.com>

Kontakt: no-imk@nadir.org | Infotelefon: 01578 8900973

Schlafplatzbörse: sleepwell-hh@nadir.org | Tel.: 01578 8900972 (18-20 Uhr ab 6.10.)

Sicher

Ausgangspunkt für unsere Proteste sind die verschiedenen Arten von Druck und Ausgrenzung innerhalb einer autoritär formierten Gesellschaft. Nahezu alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche sind von Repression betroffen und immer mehr Menschen bekommen diesen Druck direkt oder indirekt zu spüren. Dabei gibt es einerseits eine legislativ bedingte Repression, die vor allem durch Entzug von Rechten, in Form der Strafverfolgung und durch staatliche Gefahrenabwehr direkt auf das Leben von Gruppen oder Einzelpersonen einwirkt. So beispielsweise im Zusammenhang mit der Abschiebung von Migrant_innen oder im Überwachungs- und Datensammlungsbereich.

Oft übersehen und dennoch von wesentlicher Bedeutung ist andererseits die indirekte Wirkung von Druck und Stimmungsmache auf das Bewusstsein der Bevölkerung wie z.B. im Zusammenhang mit einer sogenannten „islamistischen Terrorgefahr“. Hier wird ein Sicherheitsbedürfnis geschaffen, in dessen Zuge die Akzeptanz gegenüber weiteren Kontrollmaßnahmen zu Ungunsten kollektiver und individueller Freiheiten der Menschen wächst. Die Macht- und Repressionsausübung erfolgt also nicht allein von außen, sondern maßgeblich von Teilen der Gesellschaft selbst. In der Selbstdisziplinierung bezüglich seiner Markttauglichkeit, dem Wunsch dazu zu gehören, verurteilen und bekämpfen Individuen abweichende Verhaltensweisen und fügen sich gleichzeitig der vermeintlichen „Normalität“, der Friedhofsruhe des kapitalistischen Normalzustands.

Der strategische Nutzen für den Staat liegt dabei in der Logik des Selbstbewahrens, dem Bestreben also, seine Souveränität und Legitimität aufrecht zu erhalten. Im Hinblick auf den Markt sollen zudem die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung sowie die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse garantiert und die heimische Wirtschaft abgesichert werden. Das ist zwangsläufig nicht zu leisten, ohne Druck auf die Bevölkerung und das Sozialsystem auszuüben. In Zeiten der Krise eignen sich Feindkonstruktionen und Bedrohungsszenarien bestens, um eine Befriedung der Massen und die Einheit zu garantieren. Ganz nach dem Motto: „Wir müssen zusammenhalten, gegenüber den Migrant_innen, Terrorist_innen und Sozialschmarotzer_innen.“ Die permanente Überwachung und stetig zunehmende Kontrolle der Gesellschaft ist eben diesem staatlichen Interesse am Selbsterhalt geschuldet.

Abgesichert

In diesem Zusammenhang ist die Innenministerkonferenz einer der wesentlichen Motoren. Hier werden die Rahmenbedingungen zur Garantie einer verfügbaren und gefügigen Bevölkerung vorbereitet. Hier werden auch für die bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen eingeleitet.

Beispiele aus den letzten Konferenzen sind die Verschärfung des Versammlungsrechts, das partielle Streikverbot, Stadionverbote für Fußball-Fans und Ortsverbote für nicht ins Konsum-Innenstadt-Image passende oder auf öffentlichen Plätzen ungern gesehene Menschen.

Der Kontrollbedarf spiegelt sich auch in den Beschlüssen zur Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung, dem Aufbau und der Vernetzung von Datenbanken (z. B. Anti-Terror-Datei und EURODAC) und der Einführung biometrischer Daten in Ausweisen wider. Bisher betreffen die Auswirkun-

gen vor allem konstruierte „Randgruppen“ oder vermeintlich „Überflüssige“: So sollen rassistische Sondergesetze Migration, Abschiebungen und Aufenthalte im marktwirtschaftlichen Sinne „regulieren“.

Mehr und mehr zeichnen sich jedoch Tendenzen ab, die gesamte Bevölkerung zu kontrollieren bzw. zu disziplinieren, z.B. die Beschlüsse zur Aufhebung des Bankgeheimnisses für Menschen, die Sozialleistungen beziehen müssen.

Die IMK steht auch für eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und jeglichen politischen Handelns. Jede Form staatlicher Repression und die Durchsetzung eines neuen Begriffs der Inneren Sicherheit spielt sich vor der Realität des Krieges ab. Militarisierung bedeutet daher heute noch mehr als den Einsatz der Bundeswehr im Inneren oder zivilmilitärische Zusammenarbeit.

Nicht nur durch die Flut von Sicherheitsgesetzen wird ein permanenter Ausnahmezustand behauptet und umgesetzt. Der Kriegszustand, in dem sich die BRD befindet, wird auf die gesellschaftlichen Bedingungen im Inneren übertragen und zur Normalität erklärt. Öffentliche Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen in Schulen und Arbeitsämtern sind Beispiele für genau dieses Normalisierungsbestreben.

Entsichern!

Viele politische Gruppen, ob links oder linksradikal oder autonom, die zu unterschiedlichen Themen arbeiten, haben sich in einem Arbeitskreis zusammen gefunden, um kollektiv der Überwachungsmaschinerie etwas entgegenzusetzen. Auch wenn wir untereinander Widersprüche haben, verbindet uns ein antikapitalistischer Politikansatz. Auf dieser Grundlage sehen wir die IMK als Ausdruck des politischen und ökonomischen Systems. Das Treffen der Innenminister soll Kontrolle und Repression im Sinne von Systemstabilität und Verwertungssicherheit weiterentwickeln und optimieren. Unsere Kritik an der IMK ist synonym mit einer Kritik an Herrschaft, an Macht- und Gewaltstrukturen.

Unser Protest gegen staatliche Repression und autoritäre Ideologien im Inneren ist auch Protest gegen ein weltweites kapitalistisches Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Nur eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann ein gerechtes Zusammenleben möglich machen. Hamburg soll im November zur No-Go-Area für die IMK-Schergen werden. Zeigen wir, dass wir ihre Politik zum Kotzen finden!

IMK angreifen!

Hamburg unsicher machen!

13. - 19.11. Aktionen, Veranstaltungen, Workshops, Konferenzen, Theater von unterschiedlichen Gruppen und Spektren. Hierzu wird eine gemeinsame Infrastruktur eingerichtet mit Schlafplätzen und Treffpunkten für Proteste. Wir rufen alle auf, sich Zeit zu nehmen, eigene Aktionen zu überlegen oder an vorbereiteten Programmpunkten aktiv teilzunehmen.

NO-IMK Hamburg | <http://no-imk.blogspot.com>

13.11.



14 Uhr Hachmannplatz
Hauptbahnhof Hamburg

Antirassistische Auftaktdemo gegen die Innenministerkonferenz

Freedom of movement is everybody's right!



Die Innenministerkonferenz (IMK) findet seit 1954 zweimal jährlich in unterschiedlichen Bundesländern statt – dieses Jahr in Hamburg unter Vorsitz des Innensenators Heino Vahldieck, dem früheren Verfassungsschutz-Chef. Die Herbstkonferenz findet vom 17.-19.11.10 statt.

Die IMK beschäftigt sich hauptsächlich mit repressiven Themen wie rassistischen Sondergesetzen, „Terrorbekämpfung“ und Ausbau des Überwachungs- und Kontrollapparates. Unter den bisherigen Beschlüssen der IMK waren viele der rassistischen Sondergesetze zur Eindämmung von Migration und Aufenthaltsrechten. Folgen der Politik der IMK sind deutlich: Jeden Tag sterben Men-

schen an den Außengrenzen Europas. Jeden Tag werden Menschen in Folter, Tod und Hunger abgeschoben. Jeden Tag werden Menschen in Deutschland systematisch auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Geschlecht oder Kultur offen diskriminiert oder eingesperrt. In Hamburg ist St. Georg ein Stadtteil, in dem diese und generell repressive Politik z.B. durch Drogenverbotspoli-

BUNDESWEITE DEMONSTRATIONEN UND AKTIONEN

13.11. Antirepressionsdemo 18 Uhr Gänsemarkt

15.11. Stadtrundgang gegen Gentrifizierung und Repression 18.30 Uhr Rote Flora

16.11. Knastkundgebung

17.11. Demo von antirassistischen Gruppen und Jugendliche ohne Grenzen 17.30 Uhr Hachmannplatz

18.11. »Cross the City« Antirepressive Schnitzeljagd

19.11. Abschlussaktionen

<http://no-imk.blogspot.com>

tik und damit einhergehende rassistische Kontrollen und Platzverweisen deutlich wird. Viele Migrant_innen werden in Deutschland menschenunwürdig untergebracht und müssen in Lagern leben. Allein in den letzten Monaten starben zwei Menschen in Hamburger Abschiebehaft. Dies knüpft an eine blutige Tradition in Hamburg an. So wurde am 8. Dezember 2001 im Stadtteil St. Georg der 19-jährige Nigerianer Achidi John wegen des Verdachts auf Drogenhandel festgenommen und dann während eines Brechmitteleinsatzes im Universitätsklinikum Eppendorf umgebracht. Während das soziale Klima im Inneren immer repressiver wird, findet auch eine zunehmende Aufrüstung und Abschottung an den Außengrenzen Europas statt und damit der weitere Aufbau der Festung Europa. Dort lassen Frontex (diese Agentur wurde speziell für die Abschottung der Außengrenzen gegründet) und die Bullen der jeweiligen Staaten Flüchtlinge ertrinken oder schicken sie in den sicheren Tod. Dabei führen sie Operationen in bestimmten Regionen durch, um nach der anschließenden Analyse ihre Taktiken zur Abschottung zu perfektionieren. Die zunehmende Kontrolle zeigt sich außerdem an dem Beschluss zur Vernetzung der bestehenden Datenbank EURODAC (europäische Fingerabdruck-Datenbank, European Dactyloscopy). Diese wird unter anderem für die Umsetzung der Dublin-II-Verordnung verwendet, nach der Menschen in dem europäischen Land ihren Asylantrag stellen müssen, wo sie als erstes registriert wurden, folglich viele Menschen von Deutschland aus wieder zurückgeschoben werden in Länder wie Griechenland, die an einer europäischen Außengrenze liegen. Aufenthalte sollen im wirtschaftlichen Sinne „reguliert“ werden. Weiterhin wurden und werden Hunderttausende Menschen mit Duldungsstatus jahrelang von Abschiebung bedroht, da die Duldung nur die Aussetzung der Abschiebung bedeutet.

Was dann 2006 von der IMK als Bleiberecht, also als zumindest vorübergehende Erleichterung angekündigt war, zeigte sich in der Realität nur als ein weiteres Instrument deutscher Behörden, um Menschen nach der Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu sortieren. Dieses

Bleiberecht sprach Menschen, die an einem bestimmten Stichtag seit mehr als sechs Jahren in Deutschland lebten, ein dauerhaftes Bleiberecht zu; allerdings nur, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen konnten, wie beispielsweise den Nachweis einer Arbeitsstelle. Des Weiteren schloss eine strafrechtliche Verfehlung von mindestens 50 Tagessätzen die gesamte Familie der_s Verurteilten von der Bleiberechtsregelung aus, was mit Sippenhaft gleichzusetzen ist. Ein weiterer Punkt ist, dass der Lebensunterhalt dauerhaft gesichert sein muss, ohne dass Sozialleistungen dafür in Anspruch genommen werden müssen. Schließlich bedeutete der Antrag auf Bleiberecht, dass dafür zunächst der Pass abgegeben werden musste, was bei vielen die Befürchtung weckte, dadurch abgeschoben werden zu können. Deutschland hat an dieser europäischen Dynamik maßgeblichen Anteil und forciert dieses Vorgehen massiv, damit nach einer bestimmten Kontrolle und Regulierung auch nur ausgewählte Menschen nach Deutschland kommen können. Dieser menschenverachtenden Politik wollen wir etwas entgegensetzen und kämpfen für Bewegungsfreiheit und bedingungsloses Bleiberecht für alle.

Deshalb kommt am 13.11.2010 nach Hamburg und nehmt teil an der Auftaktdemonstration der Proteste gegen die IMK um 14 Uhr, Hachmannplatz, Hauptbahnhof, wo sich die frühere Ausländerbehörde befand. Die Demonstration wird durch St. Georg führen, einem Stadtteil, wo viele repressive Maßnahmen des Staates besonders deutlich werden. Als Beispiele seien hier Brechmitteleinsätze und Gebietsverbote genannt. Mit derartigen repressiven Strukturen wurde eine Stadteilaufwertung vorangetrieben.

Autonome und antirassistische Gruppen

Mehr Infos zu Aktionen und Veranstaltungen:

no-immk.blogspot.com

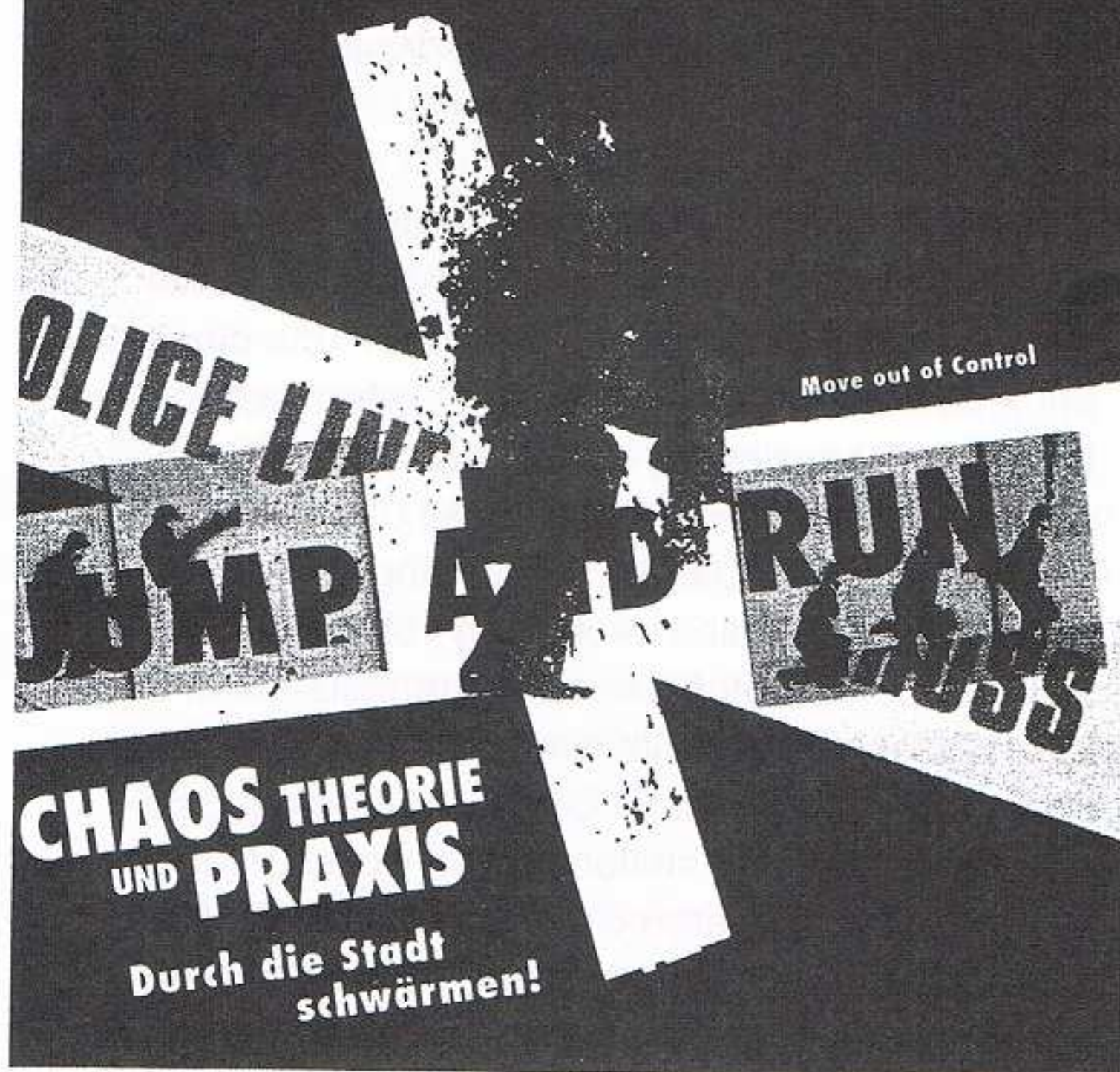
Kontakt: no-immk@nadir.org

**No border, no nation, stop deportation!
Feuer und Flamme den Abschiebebehörden!
Innenministerkonferenz versenken!**

Sa. 13.11.2010

JUMP AND RUN DEMO [AKTION] RAUM

Gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg



Was ist »Jump and Run«

Wir wollen die Proteste gegen die Innenministerkonferenz nicht nur auf die übliche Weise begleiten und an Demonstrationen teilnehmen, sondern uns auch als neue Form von Protest, als aufgefächerter Schwarm in gedachten Linien durch die Hamburger Innenstadt bewegen und anschließend wieder treffen.

Die Form dieser Bewegung, die Übertretung von gesetzten Grenzen und das durchkreuzen von verbotenen Räumen, ist Teil der politischen Zielsetzung.

Die freiwerdenden Aktionsräume durch Auffächerung von Aktivist_innen und das daraus resultierende visuelle Chaos sind ein symbolisches Mittel, um repressive Versuche der räumlichen Kontrolle zu untergraben.

Städte sind nicht nur durchzogen von Mauern und Straßen, sondern auch von Repression. Wie unsichtbare Linien durchkreuzt diese Gewalt die Plätze und Gebäude, die uns umgeben. Wir wollen diese Sicherheitsarchitektur unterwandern und sichtbar machen, indem wir uns auf ungewöhnliche und abwegige Weise durch sie hindurch bewegen.

In Folge des G8 Gipfels wurde im Rahmen einer bundesweiten Antirepressionsdemonstration das »Out of Control«-Konzept entwickelt, um der zunehmenden Repression auf Demonstrationen neue Strategien entgegen zu setzen. Das Konzept setzte darauf Polizeispaliere, ins Leere laufen zu lassen, indem sich Teile der Demo bewusst außerhalb dieser und abseits der Demo bewegen. Mit »Jump and Run« wollen wir nun im Zusammenhang der Proteste gegen die Innenministerkonferenz alle einladen, dieses Konzept weiterzuentwickeln und sich aktiv zu beteiligen.

Wir begreifen das Terrain der Stadt als eines der Bewegung und Veränderung.

Staatliche Repression durchzieht diese Bewegungsräume durch Gebietsverbote, Polizeisperren oder Auflagen. Die Privatisierung des öffentlichen Raumes, Sicherheitsdienste, Einkaufspassagen und Kameraüberwachung kompletieren die Architektur der Kontrolle. Wir durchbrechen dieses Raster, indem wir den von uns gewählten Weg durch die Stadt, als Zerstreuung in loser Formation über Umwege, Schlangenlinien, Passagen oder Hintereingänge weiterführen, Polizeiketten umgehen und sicherheitsarchitektonische Barrieren unterlaufen.

»Jump and Run« fordert ein Recht auf Stadt nicht als abstrakte Form der Legalität, sondern ist bereits dort und durchquert diese als Schwarm des Aufbegehrens und der Unruhe.

Bundesweite Demos und Aktionstage

Am 13. November finden zwei bundesweite Demonstrationen mit unterschiedlichen politischen Schwerpunktsetzungen als Auftakt für die weiteren Proteste gegen die Innenministerkonferenz statt. Die erste Demo richtet sich gegen rassistische Flüchtlingspolitik, Abschiebungen und die Residenzpflicht. Die zweite gegen den Extremismusdiskurs und zunehmende Repression. Wir wollen, mit »Jump and Run« als eigenständige Aktionsform die Demonstrationen inhaltlich und politisch verknüpfen

»Jump and Run« bedeutet kunstvoll und kreativ in Form einer Zerstreung durch die City zu ziehen. Wir stellen damit der polizeilichen Praxis, das Demonstrationrecht zunehmend außer Kraft zu setzen einen Wechsel von Form, Ausdruck und Strategie entgegen. Der Tag stellt eine Fusion unterschiedlicher Protestformen dar: Bunter Demonstrationzug. Auflösung in eine undefinierbare Gemengelage. Mit dem Strom schwimmen und unkontrollierbare Unruhe durch Zerstreung. Wiedertreffen an Kristallisationspunkten. Offensive, geschlossene, schwarze Blockdemonstrationen. Dazwischen und darum herum niedrighwelliger Aktions-Freiraum für Aktivist_innen. Wir sind uns bewusst, das die Repressionsorgane vermutlich versuchen werden, das Demonstrationrecht zu beschränken und uns in kontrollierbaren Strömen oder Wanderkesseln zu halten. Wichtig ist, sich der Gefahr von Gewahrsamnahmen, Kesselungen oder sogar Prügeleinsätzen bewusst zu sein. Durch die angemeldeten Demonstrationen und eine fünf-bis-fünfzig-Finger Taktik dazwischen wird dieses Risiko jedoch minimiert. Ziel sind bei »Jump and Run«, wie schon bei »Out of Control«, so wenige Festnahmen wie möglich. Informiert euch über die Demonstrationrouten und örtlichen Gegebenheiten, überlegt euch was, lasst euch nicht erwischen!

Für eine radikale Kritik der Verhältnisse

Seit Anfang des Jahres läuft eine repressive Kampagne gegen linke Gruppen und Strukturen. Im Rahmen einer Extremismusdiskussion, sollen diese politisch isoliert werden. Die Aktualität linksradikaler Gesellschaftsentwürfe wird dabei insgesamt angegriffen. Im Namen eines historisierenden Diskurses, der die deutsche Geschichte als Leidensweg gegenüber austauschbaren »totalitä-

ren Ideologien« betrachtet. Eine Umkehrung von Täter- und Opferperspektive entspricht dem neuen Selbstverständnis ebenso, wie die Gleichsetzung linker emanzipatorischer Kritik mit Faschismus und Nationalsozialismus. Die Gleichsetzung von links und rechts bedeutet darin nicht nur eine Verharmlosung des Neofaschismus, sondern ist auch Bestandteil der Normalisierung des nicht Normalisierbaren, einer Relativierung der Singularität der Shoa zugunsten neuer deutscher Weltmachtinteressen.

Verteidigt werden soll eine kapitalistische Ordnung, die mittlerweile als alternativlos dargestellt wird. Emanzipatorische Vorstellungen, die dieses autoritäre Wertesystem in Frage stellen, sollen durch die Reduzierung auf eine Legalitätsfrage als bürgerliche Norm, entpolitisiert und unsichtbar gemacht werden. Die Barbarisierung abweichender Lebensentwürfe, die Herstellung von Angstkulissen und Bedrohungsszenarien, trifft alle die in den kapitalistischen Verhältnissen als nicht verwertbar gelten oder sich nicht im Sinne eines reibungslosen Konsums ruhig stellen lassen wollen. Neben Jugendlichen, ärmeren Bevölkerungsschichten, Obdachlosen, der Drogenszene oder Schwarzen, die in diesem Zusammenhang aufgrund ihrer Hautfarbe als Dealer stigmatisiert werden, sind vor allem Flüchtlinge von dieser Praxis der Ausgrenzung betroffen.

Sie alle werden zu einem gefährlichen Außen verdichtet, zum Rand einer ansonsten zu schützenden Mitte erklärt. Immer mehr Polizei, Überwachung und die Abschaffung rechtlicher Mindeststandards werden dabei aufgeboten. Hubschrauber mit Nachtsichtgeräten kontrollieren Grenzflüsse, in denen Flüchtlinge ertrinken, während andere in ihrer Zelle wie in Dessau verbrennen. Durch Abschiebungen in Frankfurt oder den Einsatz von Brechmitteln in Hamburg umgebracht werden. Staatliche Repression und der kapitalistische Normalbetrieb gehen über Leichen und töten Menschen auf viele Arten. Das System der Sicherheitsarchitektur ist global. Kriege, Hunger und Folter sind keine Unglücksfälle, sondern Konsequenz und Bestandteil dieser Ordnung. Die Welt ist für uns aber kein Markt und die Stadt kein Standort im Wettbewerb.

Das Sein verstimmt das Bewusstsein

Vor unserer Haustür wiederholt sich tagtäglich die gesamte Ungerechtigkeit der Welt. Wir müssen

nur die Augen aufmachen und es sehen wollen. Wir essen Tomaten, die dafür sorgen das Menschen woanders verdursten, gehen in Kleidung aus Billiglohnländern über Gehwegplatten, die von illegalisierten Bauarbeiter_innen verlegt wurden. Damit wir uns angesichts dieser bedrohlichen Zustände trotzdem sicher und wohl fühlen, damit das Elend der Welt nicht sichtbar wird, dafür sorgen Hundertschaften der Polizei. Stellen Platzverweise und Gebietsverbote aus, schikanieren Illegalisierte und schieben Demonstrationen gegen diese ganze Scheiße in Wanderkesseln durch abgelegene Gebiete. Wenn wir nicht mehr bereit sind, diese Zustände mitzutragen, wenn wir etwas tun, damit sich etwas ändert, dann beschreibt dies keine Gewalt oder Bedrohungsszenarien. Im Gegenteil. Es ist ein Versuch, der Allgegenwärtigkeit der Gewalt die Forderung nach globaler Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Luxus für alle entgegenzustellen. Nicht die Menschen haben sich den Bedürfnissen der Ökonomie und der Märkte anzupassen, sondern die Städte und Verhältnisse den widersprüchlichen Bedürfnissen der Menschen.

Supermarktparkplätze sehen überall gleich aus in der Welt.

Es gibt Parkbuchten, Einfahrtsschneisen, Freihaltezonen, Parkscheinautomaten, Kameraüberwachung und Einkaufswagenstellplätze. Alles hat seine Ordnung und seinen Raum. Die Menschen, die sich darin bewegen, sind je nachdem, wie sehr sie in das Geschäftsmodell passen und wieviel Umsatz sie bringen, entweder Kund_innen - oder Störer_innen, die mit einem Bann belegt werden. Supermarktparkplätze beschreiben in vieler Hinsicht die Stadt, wie sie im modernen Standortwettbewerb gedacht und entwickelt wird. Wir wollen uns nicht in einen geschäftigen Alltag einverleiben lassen, der die Städte dieser austauschbaren Konsumarchitektur angleicht. Wir sehen den öffentlichen Raum nicht als Ort, der dazu dient, Kund_innen zu Waren zu befördern oder Waren zu Kund_innen oder möglichst viele Autos auf möglichst geringen Raum zu stapeln. Wir wollen uns auch nicht zum Parkplatzwächter machen, um durch Runde Tische oder sonstige Mitbestimmungsformen daran mitzuarbeiten, wie zwischen all diese funktionalisierten Rollen noch die Menschen selbst mit ihren Widersprüchen passen.

Supermarktparkplätze sehen überall gleich aus in der Welt. Aber wenn wir das Pflaster aufbrechen,

die Überwachungskameras abreißen und die Einkaufswagenflotten versenken, können wir sie gestalten, ändern und in andere Formen überführen. Zu einem Park machen, einem Ort des Verweilens oder einfach einer Brachfläche, die den geschäftigen Alltag verspottet.

Vom Block zum Schwärmen und zurück

Wir begegnen der Kriminalisierung und Diskreditierung linksradikaler Inhalte mit „Jump and Run“ nicht durch Anbiederung oder einer Inszenierung unserer „Ungefährlichkeit“, sondern durch ironisierende Überhöhung von Gefahrenpotentialen und sicherheitspolitischen Stereotypen. Ziel ist die Verbindung glamouröser Elemente mit visuellen Ausdrucksformen autonomer Politik. Eine differente Inszenierung zwischen Hasskappe, Barock und Pink and Silver. Ein nach oben offenes, aber vom Ausgangspunkt niedrigschwelliges Ereignis, das Protest, Störungen und direkte Aktionen als unverzichtbare Bestandteile einer gesellschaftlichen Realität jenseits totalitärer Zustände beschreibt.

Wir vertreten die Legitimität radikaler Gesellschaftskritik und autonomer Politikansätze. Im Widerspruch zu den Versuchen, uns gesellschaftlich zu „isolieren“ oder „ächtchen“, wie in letzter Zeit von Innenministern immer wieder gefordert wird, gehen wir auf die Straße. Wir müssen uns weder anpassen noch integrieren, um anwesend zu sein, und erleben die Forderungen nach einer Isolierung linksradikaler Inhalte als Angriff.

Wir und alle anderen die von herrschender Ausgrenzungslogik betroffen sind, die illegalisiert hier Leben, kein Geld haben oder einfach nicht nach den bestehenden Regeln funktionieren wollen, werden autoritären Phantasien und Verhältnissen immer unseren Widerstand entgegensetzen. Das, was von Medien und Innenministern als „links-extremistische Gewalt“ beschrieben wird, ist für uns der Versuch, ein lebenswertes Leben möglich zu machen und sich gesellschaftlicher Gewalt entgegenzustellen. Dies entsteht nicht aus einer einzelnen linken Identität, sondern aus vielen sich widersprechenden, die chameleonartig ihr Aussehen wandeln. Wir sind nicht nur Autonome oder Antifaschist_innen, sondern auch melancholisch, surrealistisch oder leidenschaftliche Hedonist_innen. Im Spannungsfeld dieser Differenz soll sich „Jump and Run“ ausdrücken, der entfremdenden Anonymität bürgerlicher Diskurse um „Linksextre-

mismus“ und der unwirklichen Ordnung der Städte entgegenwirken, dem Protest ein Gesicht geben.

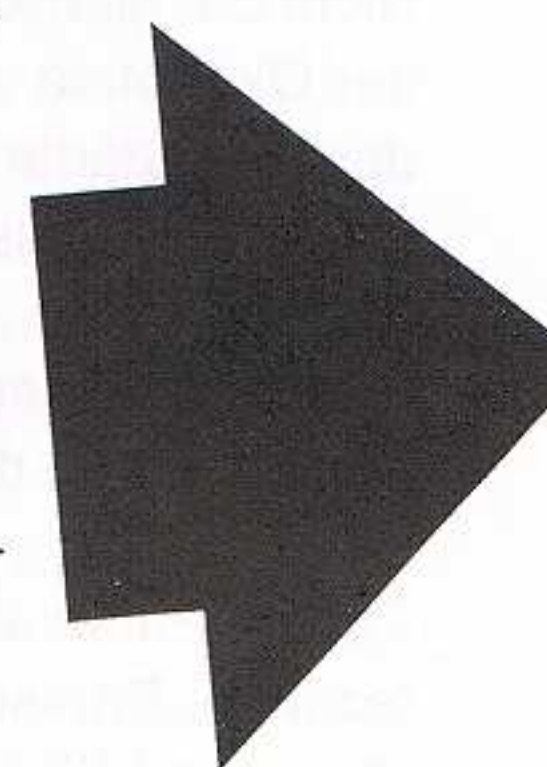
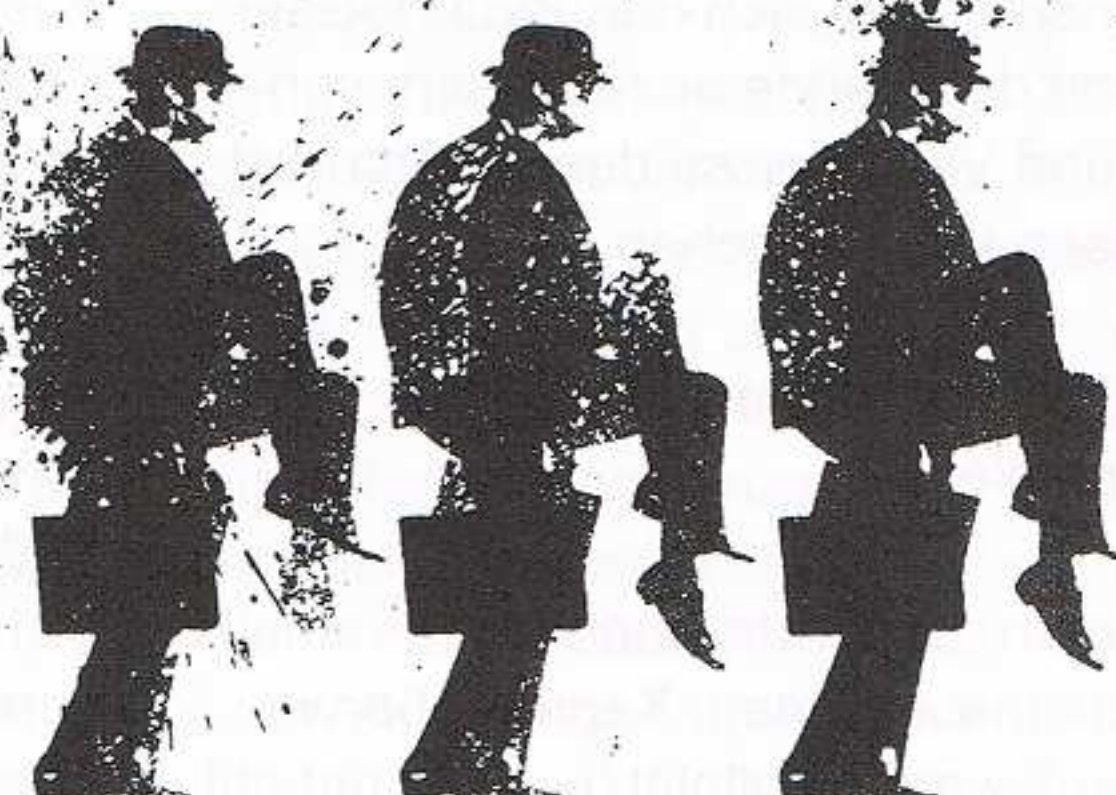
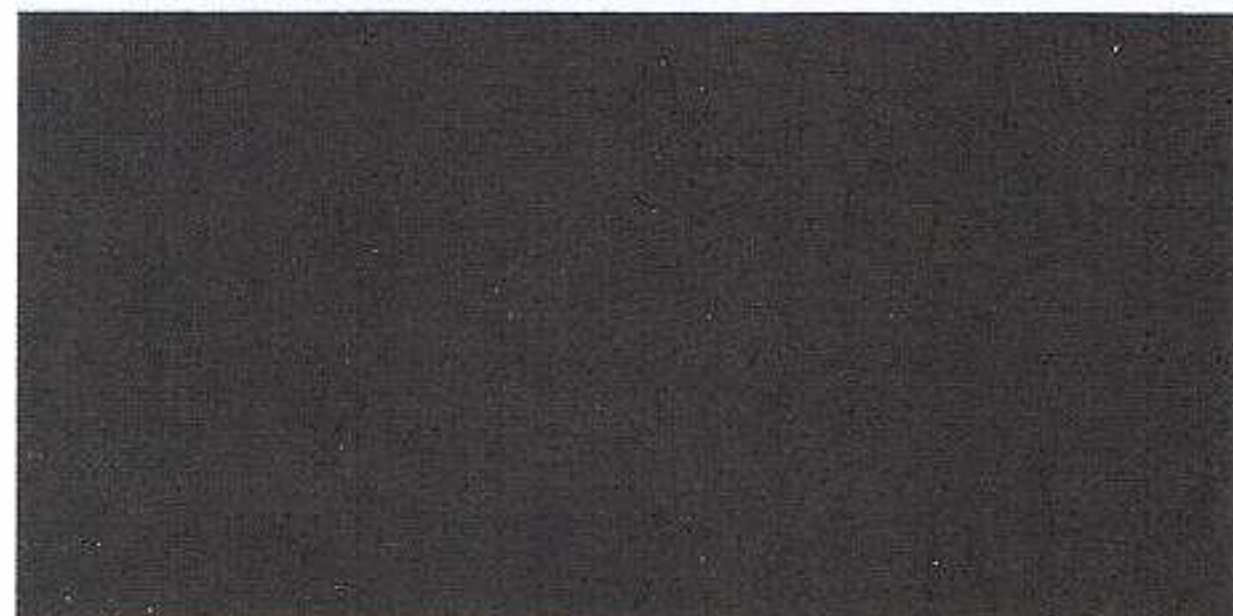
Dem Theater der inneren Sicherheit die Bühne stürmen!

Beteiligt euch an der bundesweiten Mobilisierung gegen die Innenministerkonferenz. Kommt zu den Demonstrationen am 13. November nach Hamburg und macht die Stadt zur Bühne einer Inszenierung der Notwendigkeit und Aktualität linksradikaler Kritik am Bestehenden. Kommt zu den darauf folgenden Aktionstagen gegen Repression und unterstützt die bundesweite Demonstration von Flüchtlingsgruppen am Mittwoch dem 17. November. Die Innenminister wollen mit der Konferenz die Gesetze verschärfen, linke Utopien unmöglich

machen und staatliche Gewalt als legitimen Zustand darstellen. Wir werden uns organisieren, demonstrieren, zelebrieren, verkleiden, laut sein sein, überall, viele, ein Ereignis wie eine Naturkatastrophe und ihnen diese Suppe gründlich versalzen. Die Zeiten ändern sich, sind in Bewegung und wir sind mitten drin. Aufbegehren, Proteste und Revolten sind unverzichtbar für eine Gesellschaft, die sich weiterentwickelt. Und die Kritik am Bestehenden hat sich noch nie auf ewig eindämmen lassen. Hamburg fluten - Innenministerkonferenzen versenken!

Out of Control | Hamburg | 01.09.2010

MOVE OUT OF CONTROL:

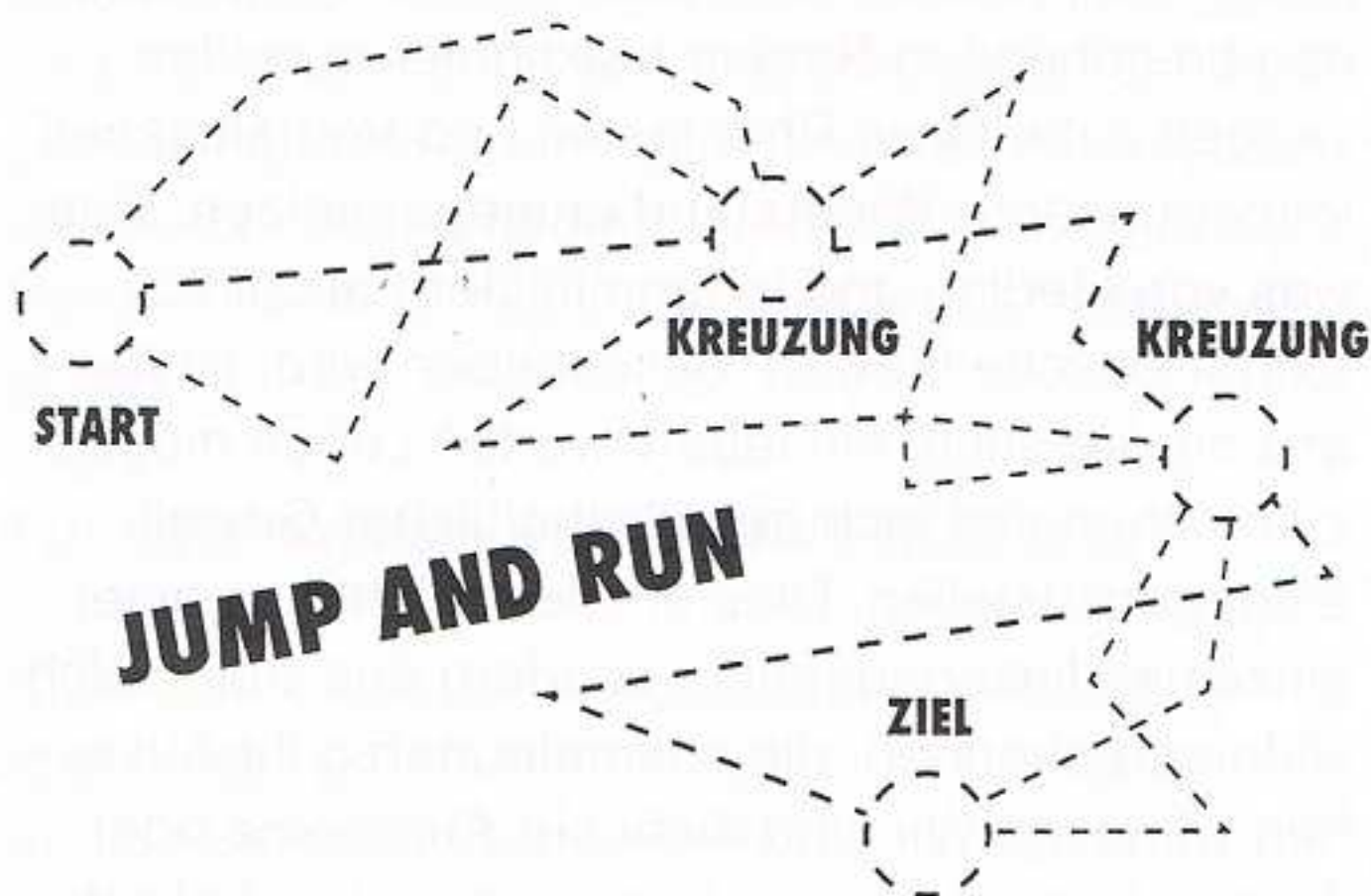


SAMSTAG 13.11.2010 - DURCH DIE STADT SCHWÄRMEN

JUMP AND RUN!

READY TO CAPTURE! HAMBURG UNSICHER MACHEN!

PARCOUR SUBKULTUR KUNST CHAOSTHEORIE PRAXIS BEWEGUNG AKTION UNRUHE AUFBEGEHREN MITMACHEN



Sonstige Termine zur Innenministerkonferenz:

SA. 13.11. Auftaktdemo 14 Uhr HBF | **SA. 13.11.** Antirepressionsdemo 18 Uhr Gönsemarkt | **MO. 15.11** Gegen Gentrifizierung und Repression - ein Stadtrundgang 18.30 Uhr Rote Flora | **DI. 16.11.** Knastkundgebung | **MI. 17.11.** Demo von Jugendliche ohne Grenzen und antirassistischen Gruppen 17.30 Hachmannplatz | **DO. 18.11.** »Cross the City« Antirepressive Schnitzeljagd | **FR. 19.11.** Abschlussaktionen

Infos zu NO IMK Aktionen und Demos: <http://no-imk.blogspot.com> | Kontakt: no-imk@nadir.org | Infotelefon: 01578 8900973

Schlafplatzbörse: sleepwell-hh@nadir.org | Tel.: 01578 8900972 (18-20 Uhr ab 6.10.)

18

der südafrikanische rechtsanwalt brian currin, mediator in den friedensprozessen nordirland, südafrika überreichte im märz (10) eine erklärung von 4 friedensnobelpreisträger_innen mit einem apell an eta für einen dauerhaften + überprüfbar (beweiskräftigen) waffenstillstand. gestern beantwortete currin, momentan (ein) ratgebender von batasuna, schriftlich el país-fragen.
samstag, 11.9.10

el país: entgegnet das eta-kommuniké ausreichend auf die aufforderung, die Sie machten?

brian currin: nein. es entgegnet nicht ausreichend auf die aufforderung der internationalen friedensanführer_innen, aber es ist ein wichtiger schritt.

el país: folgern Sie aus dem kommuniké, daß eta weder auf ihre waffen (versorgung mit waffen) noch auf ihre erpressung/beeinträchtigung verzichtet?

brian currin: bis zu dem moment an dem eta das dauerhafte ende ihres bewaffneten konfliktes erklärt und das monitoring, die überprüfung des waffenstillstandes und die aushändigung (übergabe) ihrer waffen akzeptiert, können wir nicht sichergehen, daß sie ihre illegalen aktivitäten beendet hat.

el país: warum hat sie auf die aufforderung nicht exakt bezug genommen und (trotzdem) 5 monate dafür gebraucht?

brian currin: es ist normal für organisierungen wie eta, zeit zu benötigen, um eine unumstoßbare mehrheit ihrer teilnehmenden davon zu überzeugen, daß der bewaffnete konflikt das gegenteil bewirkt/nachteilig ist, insbesondere wenn der miteinbezogene staat auf aufbauende schritte von anführer_innen politischer organisationen nicht positiv reagiert, welche die strategien von gewaltlosigkeit tun. seit beginn dieses prozesses, geleitet von der baskischen (abertzale) linken, um die politische gewalt umzuwandeln in einen demokratischen, gewaltfreien politischen kompromiß, hat die regierung kein wiedererkennen in den von batasuna vollzogenen schritten gezeigt. diese voraussetzung serviert sich auf dem tablett der harten linie der eta. ein bsp ist die forderung der nationalversammlung die demonstration/ralley von adierazi eh für bürgerinnenliche + politische rechte heute zu verbieten. wenn sie bürger_innen gewaltfreie demonstrationen für politische linke verbieten, was ist dann die alternative? die verantwortung der umwandlung von gewalt zu friede ist aufgeteilt und die regierung muß formen des (ihres) positiven beitrax finden.

el país: was sagt die baskische linke zum kommuniké?

brian currin: ihre vorstellung ist, daß die neue politische phase der gewaltfreien mittel unumkehrbar ist. obwohl ich nicht glaube, daß das eta-kommuniké weit davon entfernt ist, ist die baskische antwort bedeutsam.. (ya que) öffentlichen druck auf eta auszuüben, um die benutzung ausschließlich gewaltfreier mittel zu erreichen. dazu gab's nix vorhergehendes.

el país: ist der waffenstillstand konsequenz baskischen drux oder etas operativer schwäche?

brian currin: es ist das resultat der ausgeübten führung der baskischen linken: der prozeß realistischer befragung(en) durch politische anführer_innen während der letzten jahre, gesichert durch die unterstützung der überwältigenden mehrheit(en) ihrer basen (? mehrzahl von basis); die durchdachten/ausgestalteten politischen beschlüsse + die brüsseler_innen erklärung.

el país: wird eta diese schritte gehen (umsetzen)? wann? wie?

brian currin: es müssen neue schritte besser früh als spät gegangen (umgesetzt) werden.

el país: falls eta viele schritte geht (umsetzt), glauben Sie, daß (irgend) eine art von dialog mit der regierung begonnen werden kann?

brian currin: der minister rubalcaba selbst sagt, falls eta die gewalt dauerhaft abschließt oder die gewalt von der baskischen linken (also eta als nicht baskische linke dargestellt, kommentar) verworfen wird, kann der dialog beginnen.

el país: glauben Sie, daß eine internationale kommission zur überprüfung des waffenstillstandes durchführbar ist?

brian currin: ja, ich glaube, daß sie durchführbar sein kann, aber nicht ohne schwierigkeiten.

el país: was reicht aus zur überprüfung, der waffenstillstand oder die übergabe der waffen?

brian currin: wenn/falls sie akzeptiert + eingesetzt ist, muß sie beides bestätigen (können).

VON TOULOUSE BIS GAZA NANOTECHNOLOGIEN? DIENEN ZUM KRIEG MACHEN

Um die Bedeutung der technologischen Ungleichheit zu verstehen, können jene, welche die Eroberung Amerikas (1492) oder den Far West (XIX. Jh.) frei die drei vergangenen Wochen Gazakrieg betrachten. Tausend Tote auf der einen, und etwa zehn auf der anderen Seite. Gott steht auf der Seite der technologischen Bataillone. Den Champions des "asymmetrischen Krieges zum Trotz". Aber aber, wie darf denn das "Krieg" genannt werden, was doch bloss ein *Polizeieinsatz* ist, und beste Tradition sozialer und kolonialer Massaker. Israel hat die technologische Macht, und es ist ihnen scheissegal, dass sie jahrzehntelange vom gesamten Planeten ausgepiffen werden, auf den Strassen oder den Tribünen der UNO, denn sie haben die technologische Keule.

Und dazu noch, diese Keule benutzt die neuesten Erfolge der Nanotechnologien, dank der Kollaboration der amerikanischen und französischen ForscherInnen von Grenoble und Toulouse. Und da ihre rechte Hand nicht weiss was ihre Linke macht, hindert es dieselben ForscherInnen nicht daran auf die Strasse zu gehen gegen den Staat Israel, den zu bewaffnen sie kollaborieren, und für die palästinensische Bevölkerung, die zu massakrieren sie beitragen. Denn logisch, die Technowissenschaften sind doch neutral, nicht wahr? Alles hängt von ihrem Gebrauch ab, und die ForscherInnen würden ihre Dienste der Hamas verkaufen, wenn die Hamas sie bezahlen könnte.

Schon fast gewissenlos ist eine Demo des Komitees Jaffa Toulouse, das diesen Montag der 19. Januar 2009 gegen ein französisch-israelisches Seminar über Nanotechnologien in Toulouse protestiert ohne auch nur ein Wort über die Nanotechnologien und den Krieg zu verlieren, den diese tagtäglich gegen das Leben führen. In ihren militärischen Anwendungen, wie in Gaza, oder zivilen (RFID, Maschinen-Mensch, Gesellschaft des Zwanges), waren und sind Technologien immer zum Vorteil der Macht in ihrem Kampf gegen die Menschen ohne Macht eingesetzt und geschaffen worden. Die Frontlinie verläuft nicht den Grenzen entlang, sondern entlang den Sicherheitszäunen der Labors.

Den Gazastreifen angreifen um die Infrastruktur, die Verstecke, Tunnels und Waffenlager zu zerstören und mehr als tausend PalästinenserInnen zu ermorden, kostete die israelische Arme nach dem 27. Dezember zehn Leben. So wenig, dass die Unterstützung der israelischen Öffentlichkeit intakt bleibt, da sollen die Vereinten Nationen und der Rest der Welt doch sagen was sie wollen.

Im Krieg gegen die palästinensischen Menschen kann Israel sich fast alles leisten, seine SoldatInnen riskieren fast nichts. Was in Gaza wie überall zählt, ist die Technologie. Hier eine Auswahl des israelischen technomilitärischen Arsenal:

- **"intelligente" Videoüberwachung** des Gazastreifens: Videokameras mit der Gesichtserkennungsbiometrie der amerikanischen Gesellschaft Visionics¹;
- **Drohnen**: unbemannte Flugzeuge, die Israel schon lange zur Überwachung einsetzt; seit März 2006 arbeiten EADS und IAI (Israeli Aircraft Industries) in der Drohnenproduktion zusammen, im Rahmen der Operation "Système intérimaire de drones mâles" (SDIM)²;
- **"bionische Hornisse"**: Miniaturroboter der dank seinen Nanotech-Bestandteilen ein Ziel in schwer zugänglichen Zonen verfolgen, stellen und töten kann – seit 2006 entwickelt;
- **Nano-Waffen und Überwachungsstaube**: November 2006, "der israelische Premierminister Ehud Olmert gibt der Schaffung eines Spezialdienstes grünes Licht, das den Auftrag hat der Entwicklung von hyperkomplizierten Waffen auf nanotechnologischer Basis vorzustehen, hat Freitag die Tageszeitung Yédiot Aharonot berichtet. Vom Vizepremierminister Shimon Peres gefördert, wird dieser Dienst etwa 15 der besten israelischen ExpertInnen der Unis und der Hochtechnologie vereinen, mit dem Auftrag futuristische Waffen zu entwickeln. Diese sollten vor allem eine Antwort auf den palästinensischen Raketenbeschuss, Selbstmordanschläge, auf ballistische Raketen oder nichtkonventionelle Waffen sein. M. Peres plant eine weltweite Tour um hunderte Mio \$ zur Finanzierung der Forschung aufzutreiben und beschwört ab und zu auch Sciencefiction. Er hat kürzlich auch das Wesen gewisser dieser geheim entwickelten Waffen gelüftet. Er bezog sich auf die "Perlen des Wissens", ein in feindlichem Territorium ausgebreitetes Minisensorsystem zur Informationssammlung. Ein Minirobot, der imstande sein soll wie Drohne zu operieren um den Feind in einem urbanen Sektor zu fotografieren, vor allem in Gassen, seine Telekommunikation zu stören und sogar bewaffnete AktivistInnen zu töten. Dank einem Handschuh oder einem Kleid "Steve Austin", der Name eines Helden mit "bionischen" Prothesen einer amerikanischen TV-Serie, könnten die israelischen SoldatInnen mit einem Faustschlag Türen einschlagen oder enorme Gewichte heben. Ein spezieller Nanopartikelüberzug könne Infanteristen oder Militärfahrzeuge vor Beschuss mit automatischen Waffen oder Panzerabwehrraketen schützen.

¹ Quelle: <http://www.light1998.com/faceit/Partners.htm>

² Quelle: <http://www.israelvalley.com/news/2006/03/22/887/revelations-israel-aircraft-industries-et-eads-ont-finalement-developpe-avec-des-grandes-difficultes-un-nouveau-drone-a-longue-endurance>

Schliesslich ist auch von Minisensoren die Rede, die in öffentlichen Sektoren angebracht einen Kamikaze mit Sprengstoff ermitteln können.³

Die Nanotechnologien dienen zum Krieg machen. Nichts neues, es sei denn für die Tölpel, die glauben zwischen "guten" und "schlechten" Anwendungen der Nanotechnologien unterscheiden zu können. Das CEA und das Kabinett Alcimed bestätigen 2004 das, was jene, die sich den Nekrotechnologien entgegenstellen, seit Jahren sagen: "die Nanotechnologien sind von ihrem Wesen her dual"⁴. Zivil und militärisch. In Tel Aviv wie in Grenoble und Toulouse.

Während jahrelang die ForscherInnen Frankreichs und die FreundInnen des "retten wir die Forschung" das Publikum mit der Trennung von ziviler und militärischer Forschung belügen und die Existenz einer grundlegend reinen Forschung zu akkreditieren versuchen, die sich industriellen und militärischen Zielen entziehen würde, investiert Israel, in andauerndem militärischen Alarmzustand, 4,5% seines BIP in ziviler "Forschung&Entwicklung" (leider sind die militärischen Zahlen nicht verfügbar ...), und verfügt über die grösste Dichte von F&E-Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (13,8%)⁵. Der israelische Staat erkennt die aktuelle Kriegsfront zwischen Macht und Machtlosen sehr gut und weiss, dass die ForscherInnen für die regionale Vorherrschaft unentbehrlich sind.

Wie nach Dominique Bourra, Ex-Direktor der französisch-israelischen Handelskammer und Chef des israelischen Ladens NanoJV: "Vor ihrer Anwendung in zivilen Bereich (...) stammen die meisten Innovationen aus erfolgreicher militärischer Forschung, manchmal sogar aus den «ad hoc-Abteilungen der israelischen Armee»."⁶ Und nach ihm ist Technologie das beste "Schild des hebräischen Staates"⁷. Besser könnte es gar nicht gesagt werden: Technologie ist Krieg mit anderen Mitteln.

Und um die Macht zu erhalten und zu mehren, vermehrt Israel die technoindustriellen Kooperationen mit den Grossmächten. Im Hexagon ist die französisch-israelische Handelskammer die wichtigste Verbindungsstelle dieses Lobbyismus. Dominique Bourra, wirklich sehr aktiv, begleitete im April 2008 eine Handelsdelegation auf einer Israelreise. "Wir interessieren uns hier für vier Sektoren: Aeronautik, Biotechnologien, Technologie- und Informationssicherheit und Nanotechnologien."⁸ Unter den BesucherInnen, Patrice Campariol, dessen Start up Intuilab in Toulouse 3D-Schnittflächen für den Maschinen-Menschen verkauft. "Er ist sich positiver Rückmeldungen der in Tel Aviv besuchten Unternehmen sicher." "Wir haben ein sehr starkes Visualisierungsprodukt, und die Israelis sind in Biotechnologien und in der Verteidigung sehr stark", sagt er.⁹

Vielleicht haben die Menschen in Gaza an diesem Anfang 2009 das Savoir-faire aus Toulouse ausprobieren können. Darüber wird sicher nichts bekannt, die "Militanten", "BürgerInnen", "AntikapitalistInnen" von Toulouse, genau wie ihre Gleichnamigen in Grenoble, immer auf dem Sprung um gegen den Krieg und sein Unheil zu demonstrieren, haben sich nicht die Mühe genommen über die Kollaboration ihres Technopols mit den laufenden Massakern nachzuforschen. In Toulouse wie in Grenoble, die Arbeitsstelle stinkt nicht: es wird gearbeitet, unter der Woche, an den todbringenden Technologien natürlich, und am Wochenende wird gegen ihren Einsatz auf dem Schlachtfeld protestiert.

Toulouse, wie Grenoble, ist einer der wichtigsten F&E-Pole der "von ihrem Wesen her dualen" französischen Nanotechnologien. Die LeserInnen von Pièce et Main d'œuvre kenne wenigstens einen der Nanologen von Toulouse, Christian Joachim, Verantwortlicher der Gruppe Nanowissenschaften am Cemes (Centre d'élaboration des matériaux et d'études structurales). Joachim verteidigt den aufsteigenden Ansatz, "bottom-up" genannt, der Nanotechnologien, der sich mit der Manipulierung der Materie Atom um Atom befasst, und Nanoroboter entwickelt¹⁰.

2008 hat Sarkozy drei Technarchen (Anlehnung an Patriarchen) beauftragt einen Entwicklungsplan der Nanos in Frankreich auszuarbeiten: neben dem Pariser Dominique Vernay, Patron von Thalès und des Pols System@TIC, und des unersetzlichen Jean Thérme, Patron des CEA-Grenoble und Initiator von Minatec, haben wir den Toulouser Alain Costes, Präsident des wissenschaftlichen Rates von InNaBioSanté und Ex-Direktor von Laas (Labor für Architektur und Systemanalyse).

Wenn wir der *Dépêche du Midi* glauben wollen, finden wir die wichtigsten Bereiche der nanotechnologischen Forschung in Toulouse folgendermassen verteilt: "Mikroelektronik bei Laas, die Nanowissenschaften im Cemes, Nanoenergetik im Labor Laplace von Enseeiht-Inpt, Chemie im

³ AFP (Agence France Presse?), 17/11/06

⁴ „Nanotechnologies: prospectives sur la menace et les opportunités au service du combattant / Nanotechnologies: Perspectives zur Bedrohung und Gelegenheit zu Diensten des Kämpfers“, CEA-Alcimed, aprile 2004. Cf. *Aujourd'hui le Nanomonde – les nanotechnologies, un projet de société totalitaire / Die Nano-Welt heute – Die Nanotechnologien, ein totalitäres gesellschaftsprojekt*, Pièces et Main d'œuvre (Ed. L'Echappée)

⁵ Fonte: Association nationale de la recherche technique, 2005, www.anrt.com

⁶ <http://www.israelvalley.com/news/2008/12/06/20615/nanotechnologie-et-high-tech110-centres-font-travailler-35-000-personnes-dans-le-domaine-de-linnovation-purement-technologique>

⁷ Idem

⁸ www.globes.co.il 30/04/08

⁹ Idem

¹⁰ Vgl. *Aujourd'hui le Nanomonde*, op.cit

Koordinierungslabor von Bruno Chaudret, Biologie im IPBS von François Amalric und zuletzt technische Chemie im Labor für Verfahren von Joël Bertrand.¹¹

Was tun die im Laas? Gemäss dem Wirtschafts- und Sozialrat:

“Die Forschungsaktivitäten im LAAS-CNRS gehören zu den Informations- und Kommunikationswissenschaften und -technologien (IKWT). LAAS befasst sich hauptsächlich mit vier Systemklassen, über vier Themenschwerpunkte, wonach ihre 17 Forschungsgruppen organisiert sind:

- Schwerpunkt Systemmodellierung, -optimierung und -führung (SMOF);
- Schwerpunkt Robotik und künstliche Intelligenz (RKI);
- Schwerpunkt kritische Informatiksysteme (KIS);
- Schwerpunkt Mikro- und Nanosysteme (MNS).

März 2006 hat LAAS das Carnet-Label erhalten. Es bescheinigt die Qualität und Pertinenz der Labortätigkeiten hinsichtlich sozialwirtschaftlichen Einsatzes. Am 1. Januar 2006 hatte LAAS 586 Angestellte, aufgeteilt in: 478 ForscherInnen und 108 Ingenieure, TechnikerInnen und Verwaltungspersonal. Budget: ungefähr 27 Millionen €.¹²

Z.B. eine Perle aus dem Laas, natürlich von der Gesellschaft Tag Technologies patentiert und kommerzialisiert: “DomoTAG®, Grand Prix der Innovation ADERMIP, ist ein evolutionäres und revolutionäres Alarmsystem, das unter Mitarbeit mit dem CNRS entwickelt wurde und die Lokalisierung vor dem Eindringen erlaubt.” Drahtlose Sensoren, die “jeden Eindringungsversuch vor das der Dieb in euer Haus eindringen kann” lokalisiert, den Alarm auslösen, euch via SMS informieren, während die Videokameras in Echtzeit filmen und eure Internetverbindung ermöglicht, den Raucherzeuger (Option) per Fernbedienung auszulösen. Eine zivile Anwendung, die doch sicher nichts mit militärischer Forschung zu tun hat und sicher auch nicht mit dem Interesse des Verteidigungsministers für die Toulouser Ressourcen bezüglich Nano-Meldegeräte¹³.

Wie Minatec in Grenoble, so widmet Laas sich aufopferungsvoll der Valorisierung der Forschung, und dem Transfer seiner Kenntnisse in die Industrie und die Armee. Sie hat sogar einen “Mitgliederklub” ins Leben gerufen um den “EntscheidungsträgerInnen der Region” einen “privilegierten Zugang zu den im Laas gemachten wissenschaftlichen Fortschritten”¹⁴ zu geben. Also reine Routine, in der selbstlosen Welt der reinen Forschung. IN diesem sehr schicken Technoklub treffen sich unter anderem Thalès, EADS, Total, das CNES oder die Handels- und Industriekammer Gers (d.Üb: Departement und Fluss). Der “Mitgliederklub” von Laas ist Partner von Gixel, der Lobby der Computerindustrie, die für ihr *Blaubuch* und ihre Empfehlungen zugunsten der Biometrie “vom jüngsten alter an” bekannt ist; und des Pools Spurenverfolgung von Valence, der an der Verstreuung von RFID-Spionen auf dem ganzen Planeten arbeitet¹⁵.

Toulouse, wie jeder Technopol, setzt auf die Liebesbeziehung Forschung-Militärs-Industrie, das heisst auf die Sicherheitstechnologien um ihren Aufschwung zu garantieren. Grenoble sollte dieser Mitwirkung misstrauen, deren Techno-Crème wirkungsvoll an der Technisierung der Welt und der Unterwerfung des menschlichen Viehbestandes arbeitet. In Toulouse, an der Uni Paul Sabatier, hat Christelle Portet ihre Diplomarbeit über die Superkondensatoren auf Kohlestoff-Nanoröhrchen-Basis gemacht, die das Militär so brennend interessieren, dass die Generaldelegation für Bewaffnung ihre Arbeit finanziert und eingestuft hat. Wie viele ForscherInnen und TechnikerInnen von Toulouse kollaborieren beim EADS an der Perfektionierung der französischen und israelischen Kampfdrohnen?

Die Niederträchtigkeiten der weit entfernten Kriege zu verurteilen ist leicht und sehr populär. Aber das Mindeste sollte sein, wenn von sich behauptet wird für die Verteidigung der Menschenrechte zu sein, vor der eigenen Türe zu wischen und jene ForscherInnen zu denunzieren, die hier und jetzt die Kriegstechnologien zusammen mit ihrer Karriere *fortschreiten* machen.

Am 19. und 20. Januar organisiert die französisch-israelische Handelskammer Toulouse Midi-Pyrénées in Toulouse ein Seminar mit der lokalen Techno-Crème. Mit dem Titel “NBI to life” (“Nano-Bio-Info-Technologie für das Leben”), “das Ziel dieses Seminars ist die Verstärkung der akademischen, industriellen und wirtschaftlichen Beziehungen” zwischen der Region Midi-Pyrénées und Israel¹⁶. Eingeladen sind vor allem die VertreterInnen der Labora von Toulouse, des Pôle de Compétitivité Cancer Bio Santé (Krebs ist für die Konkurrenz exzellent), darunter sicher Alain Costes, lokaler Handelsvertreter des Nano, und, von israelischer Seite, Direktoren und ForscherInnen von Technion – Israel Institute of Technology – und VertreterInnen der Israel National Nanotechnology Initiative.

¹¹ <http://www.ladepeche.fr/article/2007/12/26/422080-Recherche-Toulouse-capitale-des-nanotechnologies.html>

¹² Les nanotechnologies-Projet d'avis du CES, 12/06/08

¹³ Rapporto CEA-Alcimed, op.cit.

¹⁴ <http://www.laas.fr/Club-Affilies/presentation.html>

¹⁵ Cf RFID: la police totale. Puces intelligentes et mouchardage électronique – RFID: die totale Polizei. Intelligente Wanzen und elektronische Observierung, Pièces et Main d'œuvre (Editions L'Echappée)

¹⁶ Programm zugänglich auf http://www.piecesetmainoeuvre.com/spip.php?page=resume&kid_article=188

Kurz und gut, ein jährlich stattfindendes Treffen der Dutzenden von Organisationen der Techno-Crème zum Aufbau der Nano-Welt.

Da Israel eingeladen ist, wird das Komitee Jaffa Toulouse gegen den "Schurkenstaat" – und weit entfernten Staat – demonstrieren. "Ganz klar ist, dass die israelische Botschaft und die Handelskammer Frankreich-Israel die TeilnehmerInnen selektioniert haben, die gekommen sind um Marketing für Israel zu machen", prangert das Demoflugblatt an¹⁷, das kein Sterbenswörtchen über den Inhalt dieses Seminars verliert.

Ob hier nun Eintopfrezepte oder Rezepte zur Nanomanipulierung ausgetauscht werden, das interessiert diese gegen den Krieg entrüsteten Geister keinen Deut. Wenn die Region Midi-Pyrénées die palästinensischen Unileute zu ihrem nächsten "NBI to life"-Seminar einladen wird und dort die Entwicklung von innovativen Nanobiotechnologie-Start up in Palästina gefeiert wird, dann werdet ihr sie sogar zu dieser internationalen Anerkennung applaudieren sehen.

Was die Verantwortlichkeiten der ForscherInnen, der Industrien und der Labors von Toulouse im Krieg gegen das Lebende und in der allgemeinen Unterwerfung der Bevölkerungen angeht, so sollte, um sie zu benennen, der Mut aufgebracht werden um die Flucht nach Vorne der Technologie und deren Anwendung um jeden Preis (nach AZF, Krebsbusiness, und Krieg) zu denunzieren, kurz, um gegen den Strom zu schwimmen.

Den Leuten aus Toulouse, welche die Gelegenheit der Massaker von Gaza beim Schopf packen werden um die Verantwortlichkeit ihres Technopols an der allgemeinen Katastrophe zu kritisieren, liefern wir als Ermutigung diese Zeilen eines desertierten Forschers:

"Sind wir denn von der angeblichen "Ethik des Wissens" beseelt wie so viele WissenschaftlerInnen behaupten, oder von einem entarteten Sinn unserer Würde, der uns dazu bringen würde Mathematik nur dann zu betreiben wenn sie uns unsere Reisespesen und bürgerlich angenehme Aufenthalte voll bezahlen, auch wenn das heisst bei militärischen Organisationen um Geld betteln zu müssen, die soviel getan haben um die Wissenschaft bei den Leuten in Verruf zu bringen? Könnt ihr euch Van Gogh vorstellen wie er sagt er könne nicht malen bevor er von der NATO Geld erhält? Sind wir Intellektuelle oder Handelsreisende? (...)

Wenn wir glauben Geld von egal wem zum Vorteil der Mathematik und/oder unserer vollständigen Werke annehmen zu können, wenn wir uns benehmen als wären wir mit den korruptesten der PolitikerInnen einverstanden, mit denen die glauben die Wissenschaft sei einfach ein Ast der Verteidigung, wie könne wir denn je hoffen, das Vertrauen der Jungen wieder zu erlangen? Oder von uns selbst? Die letzte Prüfung der Ehrlichkeit eines Mathematikers ist sein Einverständnis, auf ein wenig seiner Mathematik zu verzichten, ohne von seinem Geld zu reden, um schlussendlich dem eigenen Moralkodex treu zu bleiben (vorausgesetzt er hat einen, und dass er sich nicht so erniedrigt, dass er die Mathematik über alles andere stellt)."

Roger Godement, Mathematiker, " (Reine) Mathematiker oder (respektvolle) Huren?" – 22. April 1971

Pièces et Main d'Œuvre
Grenoble, 16. Januar 2009

Diesen Text und viele andere findet ihr (auf Französisch) auf www.piecesetmaindoeuvre.com

(üb. mc, urdemokratisches Vernichtungslager Pöschwies, Regensdorf, Zürich, April 09 von franz. auf it., juli 2010 it-dt, Entwurf)



¹⁷ "Midi-Pyrénées-Israel: non à la collusion ! - Midi-Pyrenäen-Israel : nein zur Kollusion !" verfügbar auf npa31.org

